

Bezugspreis: Vierteljährlich 60.- M., monatlich 20.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Post- bezug: Vierteljährlich 65.- M., monatlich 22.- M., einschließlich Postgebühren. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, das Saar- und Rheingebiet, sowie die ehemals deutschen Gebiete Belgiens, Österreich- Ungarns und Serbiens 74.- M. für das übrige Ausland 72.- M. Sub- skriptionen nehmen an Österreich, Ungarn, Elsass-Lotharingen, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz.

Der "Vorwärts" mit der Sonntags- beilage "Wolk und Zeit", der Unter- suchungsbeilage "Heimwehr" und der Beilage "Gedienung und Kleingarten" erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen: "Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die gedrucktste Anzeigenzeile kostet 2.- M. "Kleine Anzeigen" das heißt gedruckt 10 Zeilen (je nach weiterer Breite 1,50 M. Einmalige und Schlußzeilenangelegenheiten das erste Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-An- zeigen für Abonnenten 20% ermäßigt. Die Preise verstehen sich einschließlich Anzeigengebühr.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Dienstag, den 21. Februar 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753-54

Deutschland und die Sachverständigenkonferenz

Rom, 20. Februar. (Df.) Die italienischen Blätter melden übereinstimmend, in bestunterrichteten Kreisen werde berichtet, daß die deutsche Regierung die Aufforderung erhalten werde, einen Vertreter zu den Präliminargesprächen über die Konferenz von Genua zu entsenden. Man sei durchaus der Ansicht, daß Deutschland bei der Vorbereitung in gleicher Weise vertreten sein müsse wie die anderen Mächte und besone, daß Präliminargesprächen der übrigen Regierungen unter Ausschluß Deutschlands den Erfolg der Konferenz schädigen, wenn nicht gar in Frage stellen können. Man erwarte daher, daß die deutsche Regierung schon in aller nächster Zeit diesbezügliche Demarchierungen erhalten werde.

Für eine Verständigung mit Frankreich.

Wie die "Dena" erfährt, erlassen das Zentralkomitee der Französischen Liga für Menschenrechte (Paris) und die Deutsche Liga für Menschenrechte (Bund Neues Vaterland) an die Demokratien beider Völker nachstehenden gemeinsamen Aufruf:

An die Demokratien Deutschlands und Frankreichs!

Nach der ungeheuren Katastrophe, die der Welt so viele Millionen Menschenleben und so viele unerlässliche Werte gekostet hat, streben die dezimierten und zugrunde gerichteten Völker leidenschaftlich nach Sicherung des Friedens und nach Versöhnung.

Die einsichtigen Menschen aller Nationen sind sich darüber klar, daß dieses Friedenswerk nur durch die gemeinsamen Anstrengungen aller Demokratien, vor allem aber der französischen und der deutschen verwirklicht werden kann.

Diese Aufgabe wollen die Französischen Liga für Menschenrechte und der deutsche Bund Neues Vaterland gemeinsam unternehmen.

Zur Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich erachten sie folgendes als erforderlich:

1. Deutschland muß sich nicht nur juristisch, sondern auch moralisch verpflichtet fühlen, die Schäden wieder gutzumachen, die Frankreich durch den deutschen Einfall erlitten hat, und Deutschland muß dafür sorgen, daß zu diesem Zweck den begüterten Klassen die notwendigen Opfer auferlegt werden. Frankreich seinerseits darf sich der Wiedergutmachung in Sachleistungen nicht widersetzen, die das Wiesbadener Abkommen und die Arbeiterorganisationen beider Länder vorgeschlagen haben.

2. Um das gegenseitige Mißtrauen zwischen beiden Völkern zu beseitigen, muß Deutschland den verletzten Widerstand gegen die Entwertung brechen und diese in lokaler Weise durchführen, so daß in Zukunft kein Zweifel mehr über ihre Durchführung bestehen kann. Frankreich aber muß, wenn ihm damit Sicherheit geschaffen, selbst auch abrüsten und damit die Weltabrüstung herbeiführen.

3. Im Interesse der menschlichen Zivilisation müssen die gegenseitigen Beziehungen nicht nur zwischen dem Proletariat, der Industrie und dem Handel der beiden Völker wieder aufleben, sondern auch zwischen den Trägern von Wissenschaft und Kunst.

4. Um die Verantwortlichkeit am Kriege entscheidend festzustellen, müssen sämtliche Regierungen rückhaltlos ihre Archive öffnen; unabhängige und unparteiische Personen müssen damit beauftragt werden, die Dokumente gegeneinander abzuwägen, damit das hierdurch aufgeklärte Weltgewissen das Urteil fällt.

Endlich und vor allem muß das deutsche und französische Volk erkennen, daß die wahrhafte Grundlage für einen dauerhaften Frieden ein Völkerbund ist, der nicht von den Regierungen, sondern aus den Völkern gebildet wird, und Frankreich muß sich "am 1. einverstanden erklären, daß ein demokratisches Deutschland in dieser Völkerbund aufgenommen wird.

An dieser gemeinsamen Aufgabe verpflichten sich die beiden Organisationen von heute ab zusammen zu arbeiten, jede in ihrem Land und mit dem gleichen Lösungswort: Nie wieder Krieg! werden sie den militaristischen Geist bekämpfen, den Glauben an die Gewalt zerbrechen und statt dessen den Glauben an die internationale Gerechtigkeit aufrichten.

Um dieses Ziel zu erreichen, werden sie einen dringenden Appell an die Volksmassen richten, die durch ihre Zahl und durch ihren festen Willen zur sozialen Erneuerung der menschlichen Gesellschaft maßvoll dazu beitragen können, dieses Ideal zu verwirklichen.

Die machen es sich zur Aufgabe, die Mißverständnisse zwischen beiden Völkern zu beseitigen, indem sie tendenziösen Nachrichten in der chauvinistischen Presse die wahren Tatsachen gegenüberstellen. Und überzeugt davon, daß die Lüge den Haß schürt, werden sie gemeinsam an der Wiederveröhnung durch Wahrheit arbeiten.

Der Aufruf trägt folgende französische Unterschriften: Abg. Ferdinand Buisson, Präsident der Liga für Menschenrechte; Prof. A. Auriant, Vizepräsident; Prof. Victor Bosh, Vizepräsident; C. Bouglé, Vizepräsident; Ferdinand Herold, Vizepräsident; Prof. Gabriel Scailles, Vizepräsident; Henri Guernut, Generalsekretär der L. f. M.; Alfred Westphal, Sachmeister der L. f. M.; Prof. Léon Bapst; Edmond Besnard, Generalsekretär; Sidgarcay, Generalsekretär der Eisenbahnergewerkschaft; Georges Bourdon, Schriftsteller; Leon Brunsholz, Privatdozent; Prof. Félix Chollay; Fernand Corcos, Rechtsanwalt; Alcide Delmont, Rechtsanwalt; Dr. Doizy, ehem. Abg.; D'Estournelle de Constant, Senator; Anatole France Mitglied der Académie française; Henri Camard, Lehrer;

Prof. Charles Cide; Emile Clay, Lehrer; Abg. Justin Cobart; Prof. J. Hadamard; Prof. Emile Kahn; A. Martinet; Frau Renard Dorian; Abg. Marius Roulet; Paul Painlevé, Ministerpräsident a. D.; Paul Boncour, Abg.; Pierre Renaudel, ehem. Abg.; Amédée Rouques, Bureauchef im Unterrichtsministerium; Prof. Th. Kuffen; General Sarraill; Prof. Seignobos; Frau Séverine; Prof. Dr. Sicard de Plazoles; Chefredakteur Gaston Weil; ferner haben unterzeichnet folgende Ehrenmitglieder der L. f. M.: Prof. Dr. Jean Appleton; Prof. Dr. Gien; Lucien Herr; Prof. Dr. Charles Richet; Henri Schmidt, ehem. Abg.; Prof. Henri See; Marcel Sembat, Abg. und Minister a. D.; Chefredakteur Lucien Victor Meunier.

Von deutscher Seite haben den Aufruf unterzeichnet:

a) Mitglieder der Deutschen Liga für Menschenrechte: Prof. Ernst v. Aster, Universität Gießen; Eduard Bernstein, M. d. R.; Prof. Dr. A. Blachly, Universität Berlin; Direktor Wilhelm Bölske, Hauptmann a. D.; Prof. Albert Einstein; Hellmut v. Gerlach; Stadtbaurat Alfons Horien; Harry Graf Kessler; Prof. Käthe Kollwitz; Polizeioberst Lange; Prof. Paul Linke, Universität Jena; Heinrich Mann-München, Schriftsteller; Major Müller-Brandenburg; Prof. Paul Ostreich, Berlin; Staatsminister Dr. Freiherr v. Reibnitz; René Schicke, Schriftsteller; Prof. Georg Schümer-Magdeburg; Dr. Helene Stöcker; Heinrich Ströbel, Ministerpräsident a. D.; Kurt v. Lepper-Poski; Legationssekretär a. D. Kuno Tiemann; Dr. Hans Wehberg.

b) Nichtmitglieder: Prof. Dr. H. Grotjahn, Universität Berlin; Karl Kautsky; Prof. Dr. Walter Kinkel, Universität Gießen; Prof. Dr. A. Keffka, Universität Gießen; Dr. Robert Kuczynski; Prof. Gg. Fr. Nicolai, Universität Berlin; Kapitän a. D. Persius; Prof. Dr. R. Schütz, Universität Kassel; Staatsminister Dr. Reinhard Sireker-Darmstadt; Prof. Dr. Wilhelm Traube, Universität Berlin; Studienrat Dr. Erich Witte-Berlin.

Wir stimmen dem Aufruf in seinen Grundzügen zu und hoffen, daß er dazu beitragen wird, auch in Frankreich eine weitherzigere Stimmung für die Konferenz von Genua zu schaffen, möchten aber bemerken, daß Deutschland in seinem Bemühen, Wiedergutmachung zu leisten, die Grenze des praktisch Ausführbaren bereits überschritten hat, und daß es Sache unserer französischen Freunde wäre, die Erkenntnis dieser Tatsache, die nicht nur in Deutschland zu finden ist, auch in ihrem Vaterland zu verbreiten. Es ist uns auch nicht recht ersichtlich, inwiefern die Wiedergutmachung den Begüterten überlassen werden könnte, da sie doch in der Arbeit des Volkes ganz in ihre Grundtage hat.

Begrüßen würden wir es ferner, wenn die Abrüstung Frankreichs, die zu den notwendigsten Voraussetzungen einer friedlichen Entwicklung Europas gehört, durch den Aufruf eine Förderung erfährt und wenn die vernünftigen Kreise Frankreichs von dem Irrwahn abrücken, daß gelegentliche Waffenfunde in Deutschland Anzeichen eines Militarismus sind, gegen den man sich mit Millionenheeren schützen muß. In dieser Hinsicht vermessen wir eine klare Formulierung des Aufrufs.

Völkerbund und Abrüstung.

Paris, 20. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der vom Völkerbund im vergangenen Sommer eingesehene Ausschuss für Abrüstungsfragen hat heute in Paris seine Beratungen wieder aufgenommen. Der schon bei der letzten Tagung von Jouhaug eingebrachte Antrag, der dahin geht, die Waffen- und Munitionsfabrikation vollständig auf die staatlichen Betriebe unter Ausschaltung der Privatindustrie zu beschränken, wurde erneut durchgesprochen. Die in ihrer Eigenschaft als Vertreter des Internationalen Arbeitsamts dem Ausschuss angehörenden Arbeiterführer Jouhaug (Frankreich), Dubegeest (Holland) und Thorberg (Schweden) setzten sich lebhaft für die Annahme dieses Antrags ein.

Das Reparationsproblem.

Paris, 20. Februar. (GG.) Die englische Regierung setzte die französische Regierung davon in Kenntnis, daß sie mit der Überweisung der deutschen Reparationsvorschläge an die Reparationskommission einverstanden sei. Wie die Blätter mitteilen, ist das englische Einverständnis allerdings an gewisse Vorbehalte geknüpft, die sich in erster Linie auf die Kosten der Besatzungsarmee, auf des Abkommen von Wiesbaden, auf die Beschüsse der Finanzkonferenz vom 13. August 1921 aund auf die Verteilung der deutschen Zahlungen unter den Alliierten beziehen. Sobald die Reparationskommission den offiziellen Antrag der alliierten Regierungen erhalten hat, wird sie sich sofort mit der Prüfung der deutschen Vorschläge für die Ausgestaltung der Zahlungen sowie der von Deutschland angebotenen Garantien und des von Deutschland vorgeschlagenen Finanzprogramms beschäftigen. Von dem Ausgang dieser Beratungen wird es abhängen, ob Deutschland ein Moratorium zunächst für 1922 bewilligt werden wird. Gleichzeitig wird sich die Reparationskommission mit den Garantien zu beschäftigen haben, auf Grund derer das Moratorium für 1922 festgelegt werden soll.

Für die gleitende Lohnskala!

Von Kurt Grelling.

Es ist erfreulich, daß durch die Erörterungen im Reichstag, durch den Artikel des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns und den Artikel des Genossen Lindow im "Vorwärts" vom 18. Februar die Diskussion über die für die Arbeiterschaft heute eminent wichtige Frage der gleitenden Löhne nun auch im Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei in Fluß gekommen ist. Ich möchte, ohne die Ausführungen Lindows im einzelnen zu widerlegen, ihnen einige Gesichtspunkte entgegensetzen, die er, wie mir scheint, nicht genügend beachtet hat. Vorausgeschickt möchte ich jedoch, daß ich selbst die Frage noch lange nicht für hinreichend geklärt halte. Sie kann aber nur durch eine möglichst sachliche und leidenschaftslose öffentliche Diskussion geklärt werden.

Will man sich ein Urteil darüber bilden, ob man vom Standpunkt der Arbeiterschaft heute in Deutschland die Einführung gleitender Löhne befürworten kann oder nicht, so darf man den durch diese Einführung zu schaffenden Zustand nicht mit irgendeinem Idealzustand vergleichen, wie wir ihn vielleicht erträumen können, sondern man muß ihn mit der gegenwärtigen Wirklichkeit vergleichen und untersuchen, ob er ihr gegenüber einen Fortschritt bedeuten würde. Damit entfallen schon eine ganze Reihe von Einwänden, die Genosse Lindow erhoben hat. Die Geschichte vom zerbrochenen Teller, verlorenen Haarband u. dgl. hört sich ja sehr nett an, welcher Hausvater wird sie nicht seufzend bestätigen? Aber kann denn der Arbeiter heute derartige Ausgaben normalerweise von seinem Wochenlohn bestreiten oder kann sich ein Verband bei Tarifverhandlungen auf sie berufen, um einen höheren Lohn herauszuholen? Auch das Hinterherhinken hinter der Teuerung teilt der gleitende Lohn mit dem nicht gleitenden, nur daß beim ersten der Abstand im allgemeinen geringer sein wird.

Bei den Erörterungen über die gleitende Lohnskala denkt man gewöhnlich an die Einführung dieser Einrichtung auf gesetzlichem Wege. Das ist aber gar nicht nötig. Solange die Sache so wenig erprobt ist, wie das augenblicklich der Fall ist, bin ich auch dagegen, sie durch gesetzlichen Zwang einzuführen. Zunächst brauchte die gleitende Skala nur von denjenigen Tarifgemeinschaften eingeführt zu werden, die sich davon Vorteile versprechen. Die Erfahrung wird dann lehren, ob sie sich darin getäuscht haben oder nicht. Werden gute Erfahrungen gemacht, so werden die anderen von selbst nachfolgen. Der Staat hätte dabei zunächst nur die Aufgabe, in möglichst objektiver Weise die Unterlagen, d. h. die Statistik der Lebenshaltungskosten, den Parteien zur Verfügung zu stellen. Wird für die Beamten die gleitende Gehaltskala eingeführt, und damit können wir wohl ziemlich bestimmt rechnen, dann muß der Staat ja ohnehin die Lebenshaltungskostenstatistik in möglichst einwandfreier Weise ausbauen. Dieses Material kann dann für gleitende Löhne ohne weiteres benutzt werden. Damit entfällt alles, was Lindow über die "starren" Gewerkschaften in seinem Artikel sagt. Führt eine Gewerkschaft sich stark genug, um ohne gleitende Löhne auszukommen, mag sie darauf verzichten. Sollen deshalb die schwächeren Genossen um dieses Hilfsmittel des Existenzkampfes gebracht werden? Im übrigen dünkt sich mancher stark, solange er seine Kraft nicht auf die Probe stellt, und ist elend enttäuscht, wenn es eines Tages zu dieser Probe kommt.

Der Gedanke der gleitenden Lohnskala kann im einzelnen noch in sehr mannigfacher Weise ausgeführt werden. Will man das Prinzip als unbrauchbar erweisen, so muß man die beste denkbare oder wenigstens die beste zurzeit voraussichtlich durchführbare Ausführungsform ins Auge fassen. Tut man das, so entfallen wiederum verschiedene Einwände. Bei jeder gleitenden Skala muß man zweierlei unterscheiden: den Basislohn und die mit dem Lebenshaltungskosten gleitenden prozentualen Zu- und Abschläge. Beide müssen im Tarif festgelegt sein. Solange der Tarif in Kraft ist, bleibt natürlich der Basislohn und die Berechnungsmethode der Zu- und Abschläge ungeändert. Einer Änderung unterliegt nur der Betrag dieser Zu- und Abschläge, und zwar vollzieht diese sich automatisch in Anpassung an die Lebenshaltungskosten, ohne daß es dazu besonderer Verhandlungen bedarf. Läuft aber der Vertrag ab, so steht nichts im Wege, beides, den Basislohn und die Berechnungsmethode der Änderungen, neu festzusetzen. Um sie werden sich also die Kämpfe im Prinzip genau so abspielen, wie heute um den jeweiligen Geldbetrag des Lohnes. Der Unterschied ist aber der, daß eine Teuerung nicht sofort eine Lohnbewegung nötig macht. Die Parteien werden also mit größerer Ruhe verhandeln und etwaige Kämpfe besser vorbereiten können. Hier bietet sich für den geschickten Gewerkschaftler ausreichend Gelegenheit, für seine Kollegen Vorteile herauszuholen, und diese Vorteile kommen den Arbeitern dann auch wirklich zugute, weil sie nicht sofort durch eine neue Teuerungswelle überholt werden können. Damit entfällt der Einwand, daß die Einführung der gleitenden Skala eine Verewigung des heutigen Elends bedeute. Uebrigens hat die bisherige Methode der Lohnfestsetzung leider die fortschreitende

Berechnung des Proletariats auch nicht verhindern können, und es ist eine sehr ernste, hier allerdings nicht zu erörternde Frage, ob lohnpolitische Maßnahmen für sich überhaupt diese Berechnung hindern oder auch nur aufhalten können.

Zu den schwerwiegendsten von Gewerkschaftsseite gegen die gleitende Skala erhobenen Einwänden gehört die Befürchtung, daß die Arbeiterchaft sich, und zwar mit Recht, gegen einen automatischen Lohnabbau bei sinkenden Preisen sträuben würde. Tatsächlich ist auch in Hensburg, wo man einen Versuch mit gleitenden Löhnen gemacht hat, das betreffende Abkommen seitens der Arbeiterchaft in dem Augenblick gekündigt worden, als der Lohnabbau einsetzten sollte. Es ist in der Tat auch unbillig, den Arbeitern zuzunutzen, daß sie mit ihrem Eintommen dem Sinken der Preiskurve sofort folgen sollen, während sie ihrem Steigen doch bis heute in weitem und immer wachsendem Abstand gefolgt sind. Diesem berechtigten Streben der Arbeitnehmer kann man aber Rechnung tragen, ohne den Gedanken der gleitenden Skala aufzugeben. Einen Vorschlag in dieser Richtung hat meines Wissens zuerst der Reichsgerichtsrat Zeiler im „Reichsarbeitsblatt“ gemacht, der sich um die wissenschaftliche Klärung unseres Problems überhaupt große Verdienste erworben hat. Zeiler schlägt vor, daß bei einem Sinken der Indizes der Lohn nicht sofort, sondern erst nach 6 Monaten folgen soll. Tritt inzwischen wieder eine Teuerung ein, so soll nur die durchschnittliche Preissteigerung bei der Lohnfestsetzung berücksichtigt werden. Auf die willkürlich gewählte Zeitspanne von 6 Monaten kommt es dabei nicht so an wie auf das Prinzip dieses Vorschlags, der mir sehr beachtenswert erscheint und der geeignet ist, einen wesentlichen Einwand gegen den gleitenden Lohn zu entkräften. Es ist allerdings die Frage, ob die Arbeitgeber darauf eingehen werden. Aber damit steht es wieder prinzipiell nicht anders als bei dem heutigen Zustand. Glaubt eine Gruppe von Arbeitern heute die Macht zu haben, einen Lohnabbau trotz sinkender Preise zu verhindern, so hat sie auch die Macht, eine entsprechende Bestimmung in den Vertrag über den gleitenden Lohn hineinzubringen.

Wichtig ist auch die Frage der Indizes. Daß jede der bisher existierenden ihre großen Mängel hat, ist allgemein zugegeben. Deswegen braucht man aber nicht an der Möglichkeit zu verzweifeln, eine befriedigende Indizes zu berechnen. Freilich darf man die Ansprüche an eine solche Indizes auch nicht zu hoch spannen. Zunächst einmal kann es nicht der Zweck solcher Indizes sein, den absoluten Betrag der Lebenshaltungskosten in irgendeinem Sinne festzustellen, sondern immer nur die zeitlichen und örtlichen Veränderungen. Ferner kann selbstverständlich die Indizes nicht den individuellen Verschiedenheiten des Verbrauchs Rechnung tragen, da es sich ja um Durchschnittsziffern handelt. Für Berufsgruppen mit besonders gelagertem Verbrauch, der von dem Durchschnitt wesentlich abweicht, könnten ja mit der Zeit Sonderindizes berechnet werden. Auf alle Fälle bilden aber nach wissenschaftlicher Methode berechnete Indizes eine brauchbarere Grundlage für Lohnfestsetzungen als gefühlsmäßige Schätzungen. Dafür spricht auch, daß schon heute bei Lohnverhandlungen in steigendem Maße die vorhandenen Ziffern als Unterlage benutzt werden.

Daß der Kampf der Arbeiterchaft um einen möglichst großen Anteil am Gesamtprodukt der Volkswirtschaft durch die Einführung der gleitenden Lohnskala nicht beendet werden kann und soll, habe ich schon angedeutet. Die Befürchtung Lindows aber, daß durch die Einrichtung der „geistig reglame Werteschaffer“ zu einem „seelenlosen Heloten“ werden würde, ist eine phantastische Uebertreibung, die sich aus der Feder eines Arbeiterführers recht merkwürdig ausnimmt. Sollte er wirklich meinen, daß allein die aus der kapitalistischen Wirtschaftsordnung erwachsende Existenzunsicherheit den „Werteschaffer“ geistig reglam erhält, indem sie ihm einen ununterbrochenen Kampf um die nackte Existenz aufzwingt?

Zum Schluß möchte ich aber davor warnen, übertriebene Hoffnungen an die gleitende Lohnskala zu knüpfen. Sie kann

zwar, richtig gehandhabt, für die Arbeiterchaft ein Mittel sein, sich den Kampf um den gebührenden Anteil am Sozialprodukt zu erleichtern, aber sie kann weder die gegenwärtige Krise der deutschen Wirtschaft heilen noch erst recht die Sozialisierung des Wirtschaftslebens überflüssig machen.

Genossenschaften und Umsatzsteuer.

In Konsumgenossenschaftlichen Kreisen herrscht starke Zustimmung darüber, daß es bei dem vorläufigen Abschluß des Steuerkompromisses nicht gelungen ist, eine besondere Behandlung der Konsumvereine durchzusetzen. Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ läßt in jeder ihrer Nummern Sturm gegen die zweiprozentige Umsatzsteuer, die unverändert auch den Konsumgenossenschaften auferlegt werden soll. Sie tut damit freilich nichts anderes, als es die Organe aller Interesseneinigungen tun, die von neuen Steuern betroffen werden, aber sie tut es mit weitaus besseren Gründen. Denn die Tatsache, daß die Konsumvereine keine Geschäfte sind, sondern soziale, ohne Gewinn arbeitende Organisationen der Warenverteilung, würde eine besondere Behandlung der Konsumvereine durchaus rechtfertigen. Auch der Einwand läßt sich nicht von der Hand weisen, daß sowohl die kapitalistischen Großbetriebe wie die mittelständischen Zwergebetriebe zum Zweck der Erleichterung der Umsatzsteuer Wege gehen, die eine Genossenschaft nicht gehen kann, daß also auf solche Weise jene Form der Distribution, die am meisten pflegliche Behandlung verdient, tatsächlich schwerer belastet wird als alle anderen.

Es ist durchaus begreiflich, daß die Konsumgenossenschaften auf den ihnen am nächsten stehenden Teil der Koalition, auf die Sozialdemokratie drücken, um womöglich noch eine Änderung herbeizuführen. Wenn aber dann Organe der Unabhängigen kommen, wie z. B. die „Freiheit“, um den „Rechtssozialisten“ daraus, daß sie den Wünschen der Konsumgenossenschaften nicht gerecht werden konnten, einen Streik zu drohen, so muß das mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Ein Steuerkompromiß, das unter dem Druck auswärtiger Verpflichtungen durch Vereinbarungen mit den bürgerlichen Parteien zustande kommt, wird stets weit davon entfernt bleiben, idealen Ansprüchen zu entsprechen. Er wird desto unbesriedigender ausfallen, je weniger Stimmen die Sozialdemokratische Partei in die Waagschale zu werfen hat und je größer jener Teil der Arbeitervertreter ist, der sich nur auf a) Kritikieren verlegt, aber an der positiven Steuerarbeit nicht teilnimmt. Es ist sehr leicht, sich durch Ablehnung aller mißliebigen Steuern beliebt zu machen und den Stab über jene Parteien zu brechen, die zu handeln gezwungen sind, um den Wagen der Reichsfinanzen auf seiner rasenden Fahrt in den Abgrund aufzuhalten. Darum glauben wir nicht, daß die Genossenschaften mit ihrem starken Wirklichkeitsgefühl geneigt sein werden, aus Ärger über die Umsatzsteuer einer Partei zuzulassen, die durch ihre politische Gesamteinstellung erst Fehler herbeiführt, um nachher gegen sie zu protestieren.

Erfolgslose Erfüllungspolitik?

Der Deutsche Zementbund, einer der rüchsigstesten Verbände zur Aufrechterhaltung hoher Baupreispreise, begeisterte sich auf seiner gestrigen Tagung an Vorträgen des deutschnationalen Abg. Dr. Reichert über: „Sachleistungen aus dem Friedensvertrage“ und des Führers der Deutschen Volkspartei, Dr. Stresemann, über: „Weltwirtschaftliche Fragen“. Während der erstere außer den bekannten abgeschmackten Agitationswendungen der Deutschmonarchisten, die ja unter allen Umständen den Franzosen einen Vorwand zur Besetzung des Ruhrgebietes liefern wollen, nichts zu sagen hatte, widerlegte Stresemann wenigstens sich selber. Er prophezeigte, daß die Verabredung von Cannes an der Weltwirtschaft nichts ändern

werde, wies auf den englisch-französischen Gegensatz in der Frage der Sachlieferungen, konstatierte den Rückgang des englischen Außenhandels und zitierte die Versicherung eines englischen Politikers, die folgendermaßen lautet:

„Vielleicht kämen wir in England über die industrielle Krise hinweg, niemals aber über den Rückgang des Außenhandels. Wir können diesen Zustand nicht mehr jahrelang aushalten.“

Endlich stellte er fest, daß auch in Frankreich die Zahl derer steigt, die sich für eine Abänderung der Reparationen und für den Wiederaufbau Rußlands einsetzen.

So sorgsam verzeichnet Stresemann die Erfolge der Erfüllungspolitik. Wir müssen demnach bezweifeln, daß er seine Auffassung, diese Politik sei unrichtig, ernst genommen sehen will.

Stresemann meinte, man hätte die Wiedergutmachungsfrage „dilatatorisch behandeln“ sollen. Die deutsche Politik, die noch vor kurzem gänzlich machtlos den französischen Forderungen gegenüberstand, war leider dazu ebenso außerstande, wie der Arbeiter, der unter der Ägide des Herrn v. Kaehne fiel, den Schuß des Wüterichs aufhalten konnte. Es gibt ja Leute, die wünschen, daß Deutschland auch so am Boden läge — dann wären die Eisenbahnen billiger. . .

Aber wenn Stresemann doch meint, man sollte eine Politik der Verzögerung treiben, warum hat er denn diesen Rat nicht dem ihm nahestehenden Finanzminister Kabinett Lehrenbach-Simons erteilt? Dieses hat jedenfalls den Aufschub nicht erwirken können, obwohl es sich ganz in die Hände Amerikas gegeben hatte. Es hat ihn nicht erreicht, und das berühmte Kabinett ging, aber ohne Verzögerung im selben Augenblick, als ihm Verantwortung drohte.

Stresemanns Kritik an der Reichsregierung bekommt einen besonderen Beigeschmack dadurch, daß er am Tage vorher auf einem Bezirksparteitag Groß-Berliner Wahlkreise erklärt hat:

„Schon im Dezember wies ich den Reichstagsler und auch Ebert dringend auf die Nichtstimmung der Lokomotivführer hin. Es mußte unbedingt etwas geschehen, denn die Lokomotivführer verlangten ja an und für sich nichts Unbilliges. Sie forderten die Differenzierung einer hochverantwortlichen Arbeit. Vergessen wir auch nicht, daß in der Zeit der größten Gefahr, in den Wiedermachungsstagen, gerade die Lokomotivführer ein Musterbeispiel treuester Pflichterfüllung gegeben haben. (Beifall.) Nun aber die Regierung! Sie hat außerst unglücklich operiert. Zuerst diese Sansonettische: „Keine Verhandlungen mit den Streikenden!“ Und der Ebert-Ertrag, auf den der Große Kurfürst neidisch werden könnte! Und wenige Tage darauf erklärt Herr Wirth: „Mit wem soll ich denn Frieden schließen, wenn nicht mit diesen Leuten!“ und: „Es war ganz gemächlich bei diesen Verhandlungen!“ Mit diesem Verhalten bricht die Regierung den Gewerkschaftsführern das Rückgrat. Dies Verhalten war der stärkste Stoß, den die Staatsautorität erhalten konnte. Die erste Rede des Reichstagslers war meines Erachtens nach etwas übertrieben scharf. Unser Fraktionsgenosse Scholz stellte nach ihr in humoristischer Form die Taten Wirths seinen Worten gegenüber. Es war dies keine Kampfansage gegen den Kanzler, aber seine guten Freunde küßelten ihm ins Ohr: es würde Eindruck machen, wenn er mit großer Gehe vor den Reichstag trete und das Vertrauen verlange. Unser Wirthrausensodium zielt keineswegs auf eine Vereitelung Wirths ab. Es bezog sich zunächst nicht auf die Gesamtpolitik. Nach der Vertrauensfrage des Kanzlers war eine Änderung des Botschafts aber natürlich nicht mehr möglich.“

Stresemann hat Recht. In denselben Tagen, wo Wirth noch verhandelte, schimpfte seine Presse über die Lokomotivführer. Erst nach dem die Reichsregierung dem Streik zum Abschluß verholfen hatte, entdeckte die Volkspartei ihr Herz für die Lokomotivführer. Und jetzt ist gar sie es gewesen, die die Sacke der Eisenbahner vertreten hat. Das ist denn doch eine plumbe Verdrehung der Wahrheit.

Stresemann erklärte als Parteipolitiker, daß seine Partei am Steuerkompromiß festhalte. Wir sind ehrlich gespannt, bis wann.

Augenblicklich lebt sich's amüfant.

Von Karl Ernst.

Die Eisenbahndirektion hat mitten in dieser erregten Zeit auf der Berliner Stadt- und Ringbahn eine lebenswürdige Neuerung eingeführt, offenbar um uns für die Erhöhung der Tarife zu entschädigen. Die Züge fahren jetzt in traulich-heimlichem Dunkel durch die abendliche Gegend. Beleuchtung haben nur wenige Wagen. Aber niemand ist verpflichtet, da einzusteigen. In Scharen strömen die Liebesspärgel an die Schalter und erkaufen sich für sechs Mark die Berechtigung, im mollig durchwärmtten Raum mit dem Herzallerliebtesten Stunden der Sonne zu verleben, immer rund um Berlin. Hoffentlich kommt kein Brunner und verzollt den Deutschen das Vergnügen. Wohin sollen sie sich eigentlich flüchten? Der Tiergarten und die andern Parks stehen voll verwahrter Bänke. So brennend ist keine Liebessglut, daß auf ihnen die winterliche Kälte vergessen werden könnte. In der Hochbahn kann man ja dank der Frische alle möglichen Menschen ungefragt an sich drücken, aber selten einen, den man gern an sich drücken möchte. Außerdem ist es peinlich, wenn im entscheidenden Moment mit indiscretem Besirre eine Scheibe in Scherben geht. Beim Streik sind in sechs Tagen über 200 Eisenbahnwagen verborsten worden, was kluge Leute zu der Mutmaßung veranlaßt, die Glaser hätten den Streik geschürt.

Ein zweites freudiges Ereignis für die Berliner ist das Eintreffen mehrerer Waggons Kartoffeln. Diese seltenen Früchte kosten, weil sie größtenteils ertrunken sind, nur drei Mark das Pfund. Es gibt einen Verband deutscher Kartoffelinteressenten. Wenn alles mit rechten Dingen zuginge, müßte das der größte Verband sein, der in Deutschland überhaupt existiert. Denn wer interessiert sich heute nicht für Kartoffeln? Dieser Verband vertritt vor einigen Tagen eine Erklärung, nach der an dem Kartoffelmangel nur die übertriebene Anwendung der Preistreibe- und Wuchererschritten schuld sei. Wie übertrieben die Behörden gehandelt haben, geht ohne weiteres aus dem augenblicklichen Preis hervor. Der Verband hat aber vergessen, darauf hinzuweisen, daß augenblicklich das Publikum selbst den Mangel an Kartoffeln veranlaßt. Luxuspeisen, wie Kartoffeln, gehören nicht auf den tönlichen Mittostisch eines sparsamen Volkes. Wenn übrigens die Industrie auf den Gedanken kommt, Kartoffeln in Konferenzenbüchsen auf den Markt zu bringen, wird alle Not ein Ende haben. Natürlich darf ihr nicht die Regierung mit Kleinlichen Wuchererschritten in die Quere kommen.

Der gewissenhafte Chronist muß allerdings feststellen, daß es sich auch in anderen Ländern ganz amüfant lebt. Herr Vincore hat in der Pariser Kammer darüber Aufklärung verschafft, was die Franzosen alles für Interessen haben. Er sagt, einige französische Soldaten hätten die Bode gerettet und Frankreich in Oberschlesien geschickt, und das Vaterland schicke ihnen dafür einige Dankbriefe. Wir werden es durchaus berechtigt finden, wenn Herr Vincore eines Tages die französischen Interessen in Berlin-Kaulsdorf entdecken und zu ihrer Wahrung Sanktionen ankündigen sollte. Die Kammer freut sich bestesmal so herzlich, wenn das stolze Wort „Sanktionen“ fällt. Was sind doch die Franzosen für lebenswürdige Menschen. Da augenblicklich Ver- oder Mißtrauensvota Mode sind, versicherten

sie ihn einstimmig mit 500 Stimmen ihres Vertrauens, ohne daß er es verlangt hätte; stolz blüht er nun auf seine Kollegen in Deutschland und Italien, die es nicht so weit gebracht haben. Wenn die Möglichkeit vorläge, würden die erwachenden Ungen an dem Sudapeter Polizeipräsidenten auch ein Vertrauensvotum darbringen. Der Mann hat den Eraberger-Räubern falsche Pässe ausgestellt, was bekanntlich zu den Unbegreiflichkeiten eines Polizeipräsidenten gehört. Indem er den deutschen Detektiven die Fahndung nach Schulz und Lillessen nach Möglichkeit erschwerte, hat er seine Fähigkeiten in der Behandlung von Meuchelmördern ins rechte Licht gerückt. Die erwachenden Unsozialen aber geben ein schönes Beispiel dafür ab, daß man nicht nur jahrelang schlafen, sondern sogar Jahrhunderte zum Erwachen brauchen kann. Wenn sie ganz wach sind, werden sie sich wundern, daß das Mittelalter schon wieder mal ein halbes Jahrtausend vorbei, leider vorbei ist. Wir hören, den Herren Schulz und Lillessen geht es recht gut; sie haben Geld in Hülle und Fülle und scharf gelobene Waffen. In Berlin soll die Straßenreinigung eingeschränkt werden. Wie notwendig das ist, sehen wir gerade in diesen Tagen. Wenn wir so durch die Straßen lauschen, spricht uns der Dreck um die Ohren. Wer in den Zeitereignissen umherblickt, sieht darin ein lustig aufstimmendes Symbol und stampft feste in die biden Pfützen. Es ist eine Lust, zu leben.

Schallapin über die Petersburger Oper. Der große russische Sänger Schallapin, der eine sehr erfolgreiche Gastspielreise durch Amerika vollendet hat, erzählte auf seiner Rückreise in London allerlei Interessantes über die Petersburger Kunstverhältnisse. Er ist Direktor der Petersburger Oper und teilte über die Entwicklung dieses Institutes folgendes mit: „Wir sind nicht imstande gewesen, unserem Repertoire irgendein neues Werk einzuverleiben, aber wir haben es doch durchgesetzt, die Oper auf der Höhe zu erhalten, die sie während der Zarenherrschaft besaß. Unsere Kassen und Requiriten sind immer schlechter geworden und zum großen Teil unbrauchbar. Wir leiden außerordentlich unter dem Mangel an Edelmetallen, Koffinen usw. Aber so viel auch die äußere Ausstattung zu wünschen übrig läßt, so sind doch künstlerisch die Vorstellungen der russischen Oper allem Überlegen, was ich gesehen habe, seit ich Ausland verließ. Die Sänger und Sängereinnen haben sich mit vollständiger Hingabe ihrer Aufgabe gewidmet, und infolgedessen hat selbst das Erbitten der Revolution die russische Bühnenkunst nicht vernichten können. Die gegenwärtige russische Regierung hat durch die Vertreibung von Amoscharski ihr möglichstes getan, um uns zu helfen. Aber trotzdem sind die Künstler den fürchterlichen Entbehrungen ausgesetzt. Man stelle sich vor, daß Schallapin in ihren gewöhnlichen Kleidern auftreten müßte, daß Musiker keine Instrumente haben, daß der Dirigent keine Saiten mehr für seine Violine bekommt, der Sänger kein Papier, um sich Noten aufzuschreiben. Man denke, daß in Theatern gespielt wird, wo die Temperatur 2 Grad unter Null ist. Trotzdem haben die armen Sänger und Sängereinnen sich nie erweigert, aufzutreten. Die Künstler erhalten eine Gage von 100 000 Rubel für jede Vorstellung und können sich damit noch nicht einmal das tägliche Brot kaufen. Ein Pfund Zucker kostet 100 000 Rubel. Aber trotzdem hatten sie aus Liebe zur Kunst zusammen und leisteten Bemerkenswertes.“

Wolkenkratzer-Garage. Die immer größer werdende Mannnöt in den Großstädten macht die Frage der Aufbewahrung der Kraftwagen immer schwieriger. Je größer eine Stadt ist und je mehr Kraftwagen vorhanden sind, umso mehr mangelt es an Raum, diese Wagen unterzubringen. Besonders dringlich ist dieses Problem in Amerika, wo fast jeder Geschäftsmann sein Auto hat. Der Grund und Boden für Automobilstände ist immer teurer geworden, die Autodiebstähle häufen sich. Man ist daher in den Vereinigten Staaten, wie sich schon in „Heber Land und Meer“ berichtet, auf den Gedanken gekommen, Wolkenkratzer für Kraftwagen zu erbauen. Es sollen Autoparks in Form von hohen Türmen errichtet werden. Ein spiralförmiger Fahrweg, der in geringem Grade ansteigt, führt die Autos zu Höhen, die zu beiden Seiten für die Unterstellung abgezweigt sind, und zwar so im Winkel stehen, daß ein leichtes Einparken in sie vom Fahrweg aus möglich ist. Der Turm hat also ein fortlaufendes Spiralfußwerk, das von unten bis zum Dach reicht und so ein sehr dichtes Anordnen der einzelnen „Ställe“ für die Autos ermöglicht. Von der Mitte des Turmes führt eine Spirale abwärts, zu der der Zugang in Zwischenräumen von dem abwärts führenden Fahrweg erfolgen kann. Die Wagen können ununterbrochen hinauffahren, bis zu welcher Höhe sie wollen, und an jeder vollendeten Windung kann der Wagen je nach Belieben durch einen verbindenden Laufweg in die Wüste und ohne die Fahrtrichtung zu wechseln, bis nach unten zum Ausgang fahren. Der aufwärtsführende Weg hat 3 Proz. Neigung, der abwärtsführende 7 Proz. Für die Fahrer, die ihre Wagen untergebracht haben, sind Personalausgänge vorgesehen. In dem mächtigen Erdbecken, das der Wolkenkratzer-Garage als Unterbau dient, befinden sich Geschüßräume und Reparaturwerkstätten.

Japan als Bücherland. Die japanische Verlagsproduktion ist im Jahre 1920 so groß gewesen, daß sie unsere deutsche Produktion noch übersteigt. Wie in der „Deutschen Berliner-Neitung“ mitgeteilt wird, wurden insgesamt 3 617 9 neue Bücher im Jahre 1920 in Japan verlegt. Davon entfielen auf Kunst und Literatur 9223, auf die Sozialwissenschaften 9184, auf industrielle Werke 6561, auf Schriften zur Erziehung 4492, auf religiöse Literatur 2742, auf die Naturwissenschaften 1862, auf Medizin 1243, auf Belletristik 603 und auf Philosophie 467. Auf Uebersetzungen entfielen nur 146 Erscheinungen.

Wohnungsnot in Cäsars Zeit. Das nachwärtig in aller Welt herrschende Wohnungsproblem ist durchaus keine Frage von heute und gestern; das Problem ist vielmehr so alt, wie die Geschichte der menschlichen Wohnungen überhaupt. Schon in Phönizien und im alten Orient muß der Bauherr hoch im Preise gekauften Boden: man hätte sich sonst schwerlich dazu verstanden, Häuser mit fünf und sechs Stockwerken aufzuführen. Ungleich schlimmer lagen die Dinge im alten Rom. In der Kaiserzeit insbesondere strömten hier Menschen aus allen Teilen des weiten Reiches zusammen, und da man damals noch keine Verkehrsmittel im modernen Sinne des Wortes kannte, so war es ausnahmslos, die Bevölkerung der Stadt mit in die Zone des Wohnungsnots einzubeziehen. Die Folge war, daß die Mieten beständig stiegen und daß die Volkserneuerung darüber wuchs. Schon im Jahre 48 v. Chr. erließ der Prätor Marcus Caelius Rufus ein Gesetz, nach dem den Mietern für ein Jahr der Mietzins erlassen wurde. Die Vergünstigung wurde von Cäsar und später

Anzeige gegen von Raehne.

Wegen — unbefugten Waffentragens.

Wenn irgend etwas dazu angetan ist, das Ansehen der Republik im In- und Auslande zu erschüttern, so ist es das Verhalten der Behörden im Falle Raehne. Die ganze Welt wartet darauf, daß gegen diesen Menschenjäger endlich eingeschritten wird. Aber von keiner Seite ist bisher ein Schritt unternommen worden, der darauf schließen läßt, daß man diese Absicht hat. Der amtliche Preussische Pressedienst verbreitete am gestrigen Nachmittag eine Notiz, die besagt, daß weder der zuständige Landrat, noch der Amtsvorsteher dem Herrn v. Raehne einen Waffen- oder Jagdschein ausgestellt haben. Es wird allerdings die Möglichkeit zu gegeben, daß ein Waffenschein vorübergehend zu einem besonderen Zweck von einer anderen Seite erteilt worden ist. Wir sind sehr begierig, zu erfahren, welches Ergebnis die Ermittlungen haben werden, die der Regierungspräsident von Potsdam jetzt auf höhere Weisung nach dieser Richtung hin unternehmen muß. Wie ein Hohn auf alle Menschenrechte klingt es, wenn von amtlicher Stelle gemeldet wird, daß der Regierungspräsident von Potsdam außerdem Anweisung erhalten hat, gegen Herrn v. Raehne Anzeigen zu erheben wegen — unbefugten Waffentragens.

Wir erheben hier erneut die energische Forderung, daß mit dem Schließenden auf Schloß Brehow dasselbe geschieht, das jedem anderen Sterblichen widerfährt, wenn er einen Mitmenschen niederknast. Im neuen Preußen soll das gleiche Recht für alle Staatsbürger nicht nur auf dem Papier stehen. Der adlige Totschläger ist nicht einen Pfifferling mehr wert als jeder andere, der es wagt, das Leben seiner Mitmenschen anzulasten.

Die rechtsradikale Presse findet natürlich kein Wort der Kritik an den Verbrechen derer von Raehne. In der ekelhaftesten Weise macht sie sich lustig über die Protestversammlung am Sonntag. Die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ „Für deutsche Art“, bringt es fertig, diese Protestkundgebung als ein „kommunistisch-sozialdemokratisches Werbespektakelstück“ und als „bolshewistisches Volksfest in Glindow“ zu bezeichnen. Sie spricht von einer radaulustigen Gesellschaft, die sich zu einer der üblichen Entrüstungsverfassungen zusammengefunden und kein gutes Haar an der Familie v. Raehne gelassen hat. Das ist echt deutsche Art, wie sie lebt und lebt im Kreise jener, deren Ahnen das edle Handwerk des Raubrittertums ausgeübt haben. Mit der wirklichen deutschen Art hat das nichts zu tun. Diese wendet sich mit Abscheu ab von solchen Elementen, die glauben, in selbstherrlicher Weise über Leben und Tod ihrer Mitmenschen entscheiden zu können. Die deutsche Sprache hat für solche Vergehen das Wort „Verbrechen“. Daß die „Deutsche Tageszeitung“ den Mut aufbringt, jene zu verunglimpfen, die sich gegen Verbrechen wehren, zeigt die ganze Verkommenheit der Gesellschaft, die sich auch heute noch „Blüte der Nation“ nennt.

Im wohlthuenden Gegensatz zu dieser Bemäntelung der Taten der Herren v. Raehne steht die scharfe Absage, die das „Deutsche Abendblatt“ des Herrn Wulke an die Adresse der Familie v. Raehne richtet. Sie nennt ihr Treiben unverantwortlich und betont ausdrücklich, daß sie von diesem Treiben weit abrukt. Wir möchten hoffen, daß auch diejenigen, die heute noch mit Begeisterung zu dem Schließenden von Brehow aufblicken, bald denselben Schritt tun. Von der Regierung aber erwarten wir, daß sie jetzt ihrerseits dafür sorgt, daß dem Stande von Brehow, der zugleich ein Justizskandal ist, ein Ende gemacht wird.

Professor Dr. Frisof Hansen wollte Montag auf der Durchfahrt von Haag nach Kopenhagen in Hamburg, der das Hungergebiet in Rußland besucht hat, besichtigte die Zeitungs-messungen, daß die hungernden Einwohner die Leichen der verstorbenen Angehörigen verpeisen. Die fürchterlichen Szenen, die sich dort abspielten, sind im Film festgehalten worden.

Dem Kaiser Augustus erneuert mit der Einschränkung, daß sich der Mieter nur auf Wohnungen beziehen solle, deren Miete in Rom 2000 Sesterzen und in kleineren Städten 500 Sesterzen übersteigt. Der Richter Juvenal sagte, daß man für die Miete, die man nun Rom für eine elende Bude zahlen müsse, in der Provinz ein entzückendes Landhaus mit anliegendem Garten erwerben könne. In eine Ausdehnung des Forums war schon aus dem Grunde nicht zu denken, weil man zu diesem Zwecke die umliegenden Häuser hätte enteignen müssen, was angesichts der teuren Grund- und Bodenpreise einen enormen Kostenaufwand verursacht hätte. Als, wie die Wohnungsnot selbst, ist auch das Verfahren, ihr dadurch zu begegnen, daß man der Geldgeber der Vermieter einen Rivalen durch Festlegung von Höchstmieten vorsetzt. So gingen die Päpste bei der Bekämpfung der Wohnungsnot außerordentlich radikal vor. In diesem Sinne machten sich vor allem Paul II., Julius II. und Paul III. bekannt. Unter Alexander VIII. wurde eine Verfügung erlassen, die bestimmte, daß die Miete einer Wohnung herabgesetzt werden müsse, die drei Monate unvernietet geblieben war. Und Leo XII. verbot durch ein Dekret im Jahre 1824 den Eigentümern von Häusern und Läden in Rom, wie immer auch die Mietverträge lauteten, die Mieter unter irgendeinem Vorwand, am allerwenigsten dem der Mietssteigerung, auf die Straße zu setzen.

Kleiner Streifenmichel!

Ein Rinderreim.

Hi el, du kleiner Streifenmichel,
Was guckst du dir die Augen aus dem Köpfchen,
Belabberst dir vor Bier den Bichel,
Und reißt den Hals nach dem Regierungstöpfchen?
Du hästest, kleiner Schelm, wohl gern genocht,
Wie einst, als's Papa Feiernhoch erlaubte?
Nun würdest in der Reichsstaatslei du überreicht,
Hab was du da gestammelt, niemand glaubte.
Die Junge rausgestreckt hast du dem Duke Birth,
Der stellte dich, trotz deines Schmerzaufschreies,
Barch in die Gasse, bis daß du gefirrt...
Doch sieh, da kommt die gute Tante Hermes!
Sieh schelmig hin zu ihr und mach „Hi el“,
Wie's schöne Mädchen auch der Wuhme Gellern,
Dann kann sich noch erheben, daß die zwei
Deine bedrängte Lage hübschlich bekümmern.

W. v. Bixdenheden.

Unregelmäßige Schreien können in der Sturm- und Kellung, Volkstheater Nr. 124, gesamt: Gemälde und Aquarelle von W. v. Bixdenheden und Plakate und Kompositionen von Bert. Die Ausstellung ist täglich von 10-6. Eintritt von 11-2 Uhr geöffnet.

Der „Gemälde Salon Groß-Berlin“ (Nr. 2, 1923), Charmerier-Straße, hält heute abend 7 1/2 Uhr im Saalbau der Bauerei Arbeitsklub, im Reichshaus 16-28, sein drittes Konzert ab. Mitwirkend: Das verstärkte Bühnen-Orchester.

Eine öffentliche Vorlesung mit musikalischer Einführung in die Philosophie beginnt Gen. Dr. Abel Donnerstag, abends 8-9 1/2 Uhr, Dorosternstraße 12 (Realschule).

Schuldebatte im Landtag.

Auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung des Preussischen Landtages stand die zweite Beratung des Kultushaushalts.

Abg. König-Swinemünde (Soz.):

Die Kulturpolitik muß ebenso wie die Wirtschaftspolitik die internationalen Gesichtspunkte mehr berücksichtigen. Europa muß, wenn es sich behaupten will, zu einer Föderalpolitik übergehen, für die der deutsch-schweizerische Schiedsgerichtsvertrag einen erfreulichen Anfang bildet. Wir wünschen einen Erlaß des Ministeriums, der darauf hinweist, daß der Unterricht gemäß Artikel 148 der Reichsverfassung

im Geiste der Völkerverständigung

gehalten sein muß. Minister Henrich hatte diesen Erlaß schon vorbereitet, er ist aber bisher nicht herausgegeben worden. Unter Volk, insbesondere seine Jugend, kann eine im Geiste der Völkerverständigung geleitete Aufzucht nur entstehen, wenn die nationalpolitischen Bestrebungen aus dem Unterricht ferngehalten werden. Wir brauchen weiter eine wissenschaftliche Schulung unserer Jugend und begrüßen es, daß an den Universitäten Kurse für Arbeiter, insbesondere für die Betriebsräte usw. eingerichtet werden. Für diesen Aufgabenkreis muß im Kultusministerium eine Abteilung eingerichtet werden, an deren Spitze ein Mann aus dem praktischen Leben steht. Diese Abteilung muß in enger Verbindung mit dem Handelsministerium stehen. Wir fordern weiter einen organischen Aufbau des Schulsystems von der Volksschule zu den höheren Schulen und Universitäten. Hierfür müßte eine besondere Reformabteilung eingerichtet werden. Die Aufbauschulen dürfen nicht einseitig als Lehrer- und Berufsbildungsinstitute eingerichtet werden. Der Universitätsaufbau, wie in Sachsen vorbereitet, kann für uns vorbildlich sein. Die großen Erziehungsaufgaben können nur mit einem ausgezeichnet vorgebildeten Lehrstande geleistet werden. Darum muß ihm die Universität geöffnet werden. Warum geben

immer noch die alten Lehrpläne,

insbesondere was den Geschichtsunterricht angeht? Warum wird immer noch der alte geschichtliche Unfug der Vergangenheit, Hohen-zollernlegenden usw. gelehrt? Man beschäftigt sich viel zu sehr mit dem toten Ballast der Vergangenheit und vergißt darüber die Gegenwart und die Aufgaben der Zukunft. Der Staat, wie er heute geworden ist, muß im Herzen der Jugend verankert werden. Die deutschnationalen Jugendbünde mit ihrer monarchistischen Propaganda müssen sorgsam überwacht werden. Die Erziehung muß eine Erziehung zur Gemeinschaft sein. Die Berufsschulen sind die Bestrebungen der Schulreformer müssen gefördert werden. Die Schulleistungen, die ganze Verwaltung überhaupt, müssen modernen Menschen überantwortet werden. (Beif. Beifall bei den Soz.)

Abg. D. Reinhardt (DnL) dankt der Landtagsverwaltung dafür, daß sie durch eine ausreichende Ernährung unseres Volkes erst eine Kulturpolitik überhaupt ermöglicht. (Zuruf links: Bei Kartonspreisen von 300 Mark und darüber pro Kenerl!) Die Eltern sind die einzigen Erziehungsberechtigten. Die Erziehung muß eine christlich-religiöse sein. An der Vergangenheit unseres Volkes muß sich unsere Jugend wieder aufrichten.

Kultusminister Dr. Boeckh:

Die Erziehung unserer Jugend zur Staatsgelingung ist eine unserer Hauptaufgaben. Wir müssen dem alten Staat dankbar sein für das, was er an Kulturgütern geschaffen hat. Die Koalition fordert von jeder Partei vorläufiges Opfer. Sie verlangt aber von niemanden einen Verzicht grundsätzlicher Art. Koalition heißt nur Arbeitsgemeinschaft, aber nicht Gesinnungsgemeinschaft. Keine Koalitionspartei darf eine Politik treiben, als ob sie ganz allein wäre. Wenn die Sozialdemokraten von uns Verständnis für ihre Forderungen verlangen, dann müssen diese auch Verständnis für das Bürgerium zeigen. Nur aus der deutschen Vergangenheit können wir die Kräfte für den Wiederaufbau gewinnen. Andererseits ist aber auch zu sagen: der deutsche Staat, so wie er geschichtlich geworden ist, ist

kein idealer Zukunftsstaat.

Wir müssen unsere Jugend auch fest auf den Boden der Gegenwart stellen. Die Herausgabe eines Erlasses, wie ihn der Abg. König forderte, empfiehlt sich nicht. Der Geschichtsunterricht muß im Sinne der Völkerverständigung, zugleich aber auch im Geiste des deutschen Volkstums erteilt werden. Mit der konfessionellen Trennung in Deutschland muß man nun einmal rechnen. Die Schule kann nicht von sich aus Kulturfragen lösen, die das Volk in einer vierhundertjährigen Geschichte nicht gelöst hat. Die Verfassung garantiert die konfessionellen Schulen. Ich bitte ihre Genner, den Boden in diesem Kampfe nicht zu überspannen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das machen wir ja auch nicht.)

Der Deutsche kann zahlen, damit Frankreich Geschäfte macht.

Wir lesen in der „Frankfurter Zeitung“:

„Deutschland soll die Zahlungserpflichtungen erfüllen und es will sie erfüllen, soweit es dazu irgendwie in der Lage ist. Das Wiesbadener Abkommen sollte für Frankreich einen Weg eröffnen, die deutsche Arbeit zum Wiederaufbau seiner zerstörten Gebiete nutzbar zu machen. Nun wird, wie uns Herr Lardieu im „Echo National“ feststellt, die Durchführung der deutschen Sachleistungen von Groß-interessenten mit bestimmendem Einfluß auf die politische Stellung systematisch hintertrieben. Uns liegen zwei Inserats verschiedener deutscher Blätter vor: in dem einen schreibt die Preussische Landes- und Provinzialverwaltung die Holzverbindung für den Wiederaufbau in Frankreich, Belgien und Italien aus; im anderen bietet eine bedeutende Firma in Frankreich große Holzporträde, welche sie in Paris und im Wiederaufbaugelände besitzt, zum Verkauf (in Deutschland) an. Offerten seien an Herrn Courty, Paris, zu richten. Welch großartige Organisation enthält sich da unseren Blicken! Im zerstörten Gebiet eine Ueberfülle unverwendbaren Materials, während aus Deutschland dorthin neue Holzlasten geschafft werden sollen. Die Geldtragenden dieses von großkapitalistischen Interessen geleiteten Unsinns sind die französischen Bürger und Bauern, die weiterhin Heim und Herd erhalten müssen, und die Deutschen, die bei jeder Gelegenheit von französischen Politikern des schlechten Willens und des Vertragsbruchs bezichtigt werden.“

Wir haben hier einen ähnlichen Fall wie bei den deutschen Kohlenlieferungen an Frankreich, deren Hauptzweck es ist, Frankreich die Konkurrenz in Kohle und Eisen mit England am Weltmarkt zu erleichtern. Der Friedensvertrag fordert von Deutschland Wiederaufbaumaterial, geschäftsfähige Franzosen aber verkaufen ihre eigenen Holzporträde zu dem durch die Lieferungspflicht maßlos hochgetriebenen Preisen nach dem Auslande.

Wir haben nichts dagegen, wenn Frankreich so den handgreiflichen Beweis für die Unsinnigkeit des Versailler Vertrages zu liefern bemüht ist.

Einigung in Dänemark.

Die Vergleichsverhandlungen im dänischen Arbeiterkonflikt haben dazu geführt, daß bisher 17 Organisationen, die zusammen 40 000 Arbeiter zählen, ein neues Uebereinkommen eingegangen sind.

Dem Artikel 146 steht Artikel 174 der Reichsverfassung gegenüber: Bis zum Erlaß des Reichsschulgesetzes soll es bei der bestehenden Rechtslage bleiben. Die Rechtslage wird geschaffen durch das Volksschulunterrichtsgesetz von 1906. Minister Henrich hat zu dem Vorhaben geäußert, Sammelklassen zu errichten für diejenigen Schüler, die am Religionsunterricht nicht teilnehmen. Wenn sich die Sammelklassen zu einem System ausbilden sollten, dann werden sie zu reinen Profanierschulen. Es besteht die große Gefahr, daß junge unempirische Lehrer für diese Schulen herangezogen werden, die keine Gewähr dafür bieten, daß sie wirklich den hohen Unterrichtsansprüchen gewachsen sind. (Lurube links.) Ich hoffe auf eine baldige Regelung dieser Fragen, wenn nötig, durch ein Reichsgesetz. Die Einheitschule kann bereit nur als eine ideale Einheit erstrebt werden. Demnächst werden die

Richtlinien für die Reform der Volksschulen

erschienen. Die deutsche Oberschule und die Aufbauschule sind die Schrittmacher der neuen Schulreform. Am 1. April d. J. werden 50 Aufbaulklassen vorhanden sein nach dem Typus der Oberschule oder der deutschen Realschule. Sie müssen erst erprobt werden. Auch Lehrpläne für die deutschen Oberschulen werden bald herauskommen. Die Aufbau- und Oberschulen sollen nicht verkappte Lehrerseminare werden.

Die Lehrerbildung muß einheitlich für das ganze Reich geregelt werden. Die Verhandlungen darüber sind noch nicht abgeschlossen. An der neunjährigen Dauer des höheren Schulunterrichts muß festgehalten werden, ebenso wie an der siebenjährigen Dauer des Mädchenzweigenunterrichts. Die neuen Geschichtsbücher sollen nur die Tatsachen neben und den Schülern den Rohstoff für ihre Arbeit liefern. Daneben wollen wir Quellenbilder einführen mit klassischen geschichtlichen Darstellungen. Das Ministerium muß es ablehnen, selbst solche Bücher herauszugeben. Es will hier kein Staatsmonopol schaffen. Die Selbstverwaltungskörper der Studentenschaft müssen entpolitisiert werden. In die akademische Freiheit werde ich niemals eingreifen.

Abg. Causler (Z.): Für lange Zeit ist in Deutschland keine andere Staatsform möglich als die Republik. Deshalb müssen wir sie bejahen. Die Opposition gegen den heutigen Staat muß sich vor einer zerkleinernden Kritik hüten. Unser Volk ist keine Einheit in dem Sinne, wie sie die Einheitschule zur Voraussetzung hat. Die von der Sozialdemokratie geforderte weltliche Schule müssen wir als religionslose Schule bezeichnen; denn der religionskundliche Unterricht dieser Schule hat mit Religionsunterricht, wie wir ihn verstehen, gar nichts zu tun. Diese Religionskunde macht höchstens indifferent.

Die Rechtsansprüche der Kirche

dem Staat gegenüber müssen genau karaktelliert werden. Die Stellungnahme gegenüber dem Antrag König, der verlangt, daß die Grundzüge für die Ablösung der staatlichen Leistungen gegenüber der Kirche bald festgelegt werden sollen, ist nicht so einfach. Der Zeitpunkt für die Ablösung ist noch nicht gekommen.

Abg. Dr. Schuster (D. Sp.): Bei der Trennung von Staat und Kirche muß jeder Teil zu seinem Rechte kommen.

Abg. Kieselbach (U. Soz.): Der demokratische Gedanke muß in der Erziehung der Jugend die stärkste Stütze erhalten. Die Erziehung muß schöpferische Kräfte in der Jugend freimachen. Nicht nur die Geschichtsbücher, auch die Lehrbücher sind eine Schande für die Republik. Die Universitäten sind

Hochburgen der Reaktion.

Der Staat muß größeren Einfluß auf die Universitäten gewinnen. Selbst wenn dabei auch die akademische Freiheit eingegriffen wird, Wirklichem religiösen Leben bringen auch wir Hochachtung entgegen, aber der Kirche, welche die Ausbreitung religiösen Lebens nur ver-hindert und eine geschworene Feindin des heutigen Staates ist, bewilligen wir keine staatlichen Mittel.

Abg. Dr. Meier (Komm.): Die Schule ist trotz aller Nebenarten noch immer eine Klassenschule. Die Zeit wird kommen, wo die Volksmassen noch ganz anders als das bisher geschah ihre Forderungen anmelden werden.

Abg. Hoff (Dem.): Staatsbürger müssen herangebildet werden ohne Ansehen des Standes und der Konfession. Bedauerlich ist, daß die akademische Jugend so wenig Verständnis für die Demokratie zeigt. Die Berufsbildung der Lehrer muß sich an die Unescofortbildung anschließen. Konfessionelle Lehrerbildung steht mit der Reichsverfassung in Widerspruch. Die höhere Lehrerbildung kann nur auf simutianer Grundlage erfolgen.

Das Haus verläßt sich um Dienstag 12 Uhr: Eröffnung der Zuwendungen an technische Beamte der Bergbauverwaltung, Kultushaushalt. Abstimmungen über die Anträge zum Streit. Schluß gegen 6 Uhr.

Eine Warnung Groenerey.

In einer Sonderausgabe des „Reichsverkehrsblattes“ nimmt der Reichsverkehrsminister zu der Möglichkeit einer Wiederaufnahme des Eisenbahnerstreiks wie folgt Stellung:

Der Vorstand der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und anwärter beschäftigt neuerdings mit dem Gedanken einer Wiederaufnahme des Streiks.

Ich mache daraus aufmerksam, daß der Reichstag in seiner weit überwiegenden Mehrheit den Standpunkt der Regierung in der Streikfrage gebilligt hat. Der Herr Reichsfinanzminister hat zu dieser Frage in der Reichstagsitzung vom 9. Februar d. J. nachdrücklich erklärt, daß ein Streikrecht für den Beamten nicht bestehe, und er hat die Arbeitsniederlegung eines Teiles der Reichsbahnbeamten als eine „Revolte in der Beamtenschaft“ brandmarkt. Danach müßte bei einer Wiederholung solcher Vorkommnisse gegen jeden die Arbeit verweigenden Beamten mit aller Schärfe eingeschritten werden. Die diesmal geübte Schonung der Mitläufer könnte nicht mehr in Frage kommen.

Die hier wiedergegebene Erklärung des Herrn Reichsfinanzministers widerlegt aber auch die von der Reichsgewerkschaft verbreitete Darstellung, wonach die Reichsregierung die jüngst begangenen Verfehlungen nachträglich mild er beurteilen soll als bisher. Wohlgebend für die Beurteilung sind allein die im Kabinett aufgestellten, im Reichstag von mir bekanntgegebenen und dort gebilligten Richtlinien, für deren Einhaltung ich die volle Verantwortung übernehme. Ich habe Anlaß, dies mit Rücksicht auf das pflichtgetreue Personal und auf die mit der Untersuchung der Disziplinarfälle betrauten Beamten besonders zu betonen.

Massenentlassungen in Rußland.

Das Kommissariat für Weseleommunikationen macht bekannt: Auf den Eisenbahnen sind die Personalrats um 26 Proz. verringert worden. 325 000 Eisenbahner sind entlassen worden. Zurzeit befinden sich noch 931 000 im Dienst. Weitere Entlassungen werden vorbereitet. Die Zahl der Arbeitnehmer im Wolkentransport ist um 150 000 verringert worden und beträgt 225 000.

Der wirkungsvollste Finanzminister Cleghorn ist wegen Krankheit vom Amte zurückgetreten; an seine Stelle tritt der ehemalige Arbeitsminister Dr. Schall.

Der Ergänzungsrat seine Erinnerungen aus der Kriegszeit niedergeschrieben und wird diese Arbeit demnächst bei Gotta erscheinen lassen.

Gewerkschaftsbewegung

Betriebsrätekongress der Schuhindustrie.

Der vom Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands einberufene, am 17. und 18. Februar im Leipziger Volkshaus tagende Kongress war besetzt von circa 90 Delegierten und Verbandsfunktionären. Ferner waren anwesend Proletar-Berlin von der Betriebsrätezentrale des ADGB, Beder-Berlin vom Verband der Sattler und Portefeuillier, Vertreter des Deutschen Werkmeisterverbandes Düsseldorf und des Werkmeisterverbandes der Schuhindustrie Frankfurt a. M.

Der Kongress diente insbesondere der theoretischen Schulung der Betriebsräte zur Erfüllung ihrer Aufgaben im Betrieb. Zu dieser besonderen Schulungsarbeit unterhält der Verband zwei angestellte BetriebsräteSekretäre, die in Sitzungen und Konferenzen und lehrend durch Kurse die Betriebsräte laufend unterstützen.

Nach den üblichen Empfangsreden und nachdem des verstorbenen 84jährigen Verbandsgründers und ehemaligen Vorsitzenden Siebert gedacht worden war, hielt zum 1. Punkt der Tagesordnung:

„Die allgemeine Weltlage und die deutsche Volkswirtschaft“

Dr. Norbert Einstein-Stuttgart ein großzügiges Referat. Er beschäftigte sich hauptsächlich mit der Weltwirtschaftslage und zeigte ihre wichtigen, entscheidenden und charakteristischen Merkmale auf. Er sieht neue weltwirtschaftliche Vermittlungen und imperialistische Zusammenstöße voraus, die nur vermieden werden können, wenn die Arbeiterkraft in allen Ländern sich stärkeres, immer ausschlaggebenderes Mitbestimmungsrecht auf die Regelung der Wirtschaft und ihrer außenstaatlichen Beziehungen erringt. Für die tägliche Praxis der Betriebsräte beschäftigte er sich eingehend mit der

Verflechtung der Kapitalgewinne,

zeigte, was alles an Versuchen beim Unternehmertum in Uebung ist, die Arbeiter vorn und hinten zu belügen und zu täuschen bei ihrem Bestreben, Einblick zu gewinnen in die Geschäftsgebarung. Als große entscheidende Notwendigkeiten für die Gesundung des Wirtschaftsliebens seien zu nennen: Stilllegung der Rotenpresse, Sanierung des Staatshaushalts, Ausbringung der Reparationskosten durch Erfassung der Sachwerte, d. h. der Beteiligung des Reichs an der Produktion.

Die sozialistische Arbeiterkraft aber werde nur dann in der Richtung dieser wirtschaftlichen Parolen etwas erreichen, wenn sie so in sich geschlossen ist, daß sie sich gegenüber den starken kapitalistischen Mächten auch durchsetzen kann.

Die Spithenorganisationsfragen

Der Gewerkschaften müßten ihre Kraft mehr auf die großen wirtschaftlichen Erfordernisse konzentrieren. Die 10 Forderungen des ADGB seien das Mindeste, was im gegenwärtigen Stand der Wirtschaft erreicht werden und für dessen Durchführung die gesamte Arbeiterkraft zusammenstehen und sich verbürgen müsse. Zu diesem Ziele hin müsse sich bei der Arbeiterkraft, insbesondere den Betriebsräten, einstellen: glühender Kampfeswille, aber auch ein frischer, nüchternen Verstand.

der auch dann standhält, wenn in bewerteten Zeiten die Leidenschaft sich über die Forderungen der Vernunft hinwegsetzen will. (Lebhafte Beifall.)

Die Diskussion war in allem wesentlich zustimmend. Ein paar Kollegen (Beuthen-Weihenfels, Schüller-Erfurt) bemängelten, daß der Referent die Entwicklungsmöglichkeiten der östlichen Länder zu wenig berücksichtigt habe, wie auch jene Bewegung, durch die die Arbeiterkraft dort versucht habe, die Wirtschaft sozialistisch umzugestalten. — weiter wurde die Anstellung eines wissenschaftlich geschulten Volkswirtschaftlers im Vorstand gewünscht sowie das

Verlangen nach engerem Zusammenarbeiten

zwischen den Verbänden der Lederherstellenden und Lederverarbeitenden Industrien betont. Vom ADGB verlangte ein Redner die Einsetzung der Arbeiterkraft zur Durchsetzung der Forderung: Erfassung der Sachwerte. Ein Angriff Schüllers-Erfurt auf die Haltung des ADGB und der sozialistischen Regierungsmitglieder zum Eisenbahnerstreik veranlaßte Verbandsvorsitzenden Simon zu der Erklärung, daß zwar auch er die Inszenierung des Streiks nicht gebilligt habe, daß aber seiner Auffassung nach von dem Augenblick an, wo die Regierung in der bekannten Weise vorging, die Arbeiterorganisationen undbestimmten ihres sonstigen Standpunktes zum Streik an die Seite der Streikenden hätten treten müssen, weil deren Grundrechte angegriffen wurden. Von diesem Gesichtspunkt aus bedeure er den Aufruf des ADGB.

Dr. Einstein ging im Schlußwort sehr ausführlich auf das gestreite russische Wirtschaftssystem ein. Er wünschte, die beiden Diskussionsredner hätten das Problem gelöst, er, der Referent, vermöge das nicht. Durchaus zurückweisend seien Bemerkungen, das westeuropäische Proletariat habe den Zusammenbruch Russlands verschuldet. Er sei die Folge des utopischen Versuchs des Ausstiepsens einer sozialistischen Wirtschaft auf einen agrarischen Stamm, oder — auch der Sobotage des nichtsozialistischen Auslands, aber auch der ungenügenden Einschätzung wirtschaftlicher Tatsachen. Das erklärte der Referent des eingehendsten, legte weiter dar, aus welcher Entwicklung heraus die Arbeiter dazu kommen würden und müßten, den Staat zu verteidigen, bezügelnde in seiner Stellungnahme zum Eisenbahnerstreik diesen Streik als einen im Wesen reaktionären Streik (wenn auch die Allgemeinarbeiterschaft sich gegen die Verordnung des Reichspräsidenten und Maßnahmen der Regierung habe wenden müssen) und schloß mit der Darlegung, daß die Arbeiterkraft sich wieder daran gewöhnen müsse, Parolen zu folgen, die von wirtschaftlich und politisch klar ausgebildeten Geistern ausgehen müßten.

Eine Resolution des Referenten wurde einstimmig angenommen, sie enthält u. a. auch die Forderung der Durchführung der 10 Punkte des ADGB.

Zum Punkt

„Betriebswissenschaft in der Schuhindustrie“

hielt BetriebsräteSekretär Huth-Stuttgart ein sehr instruktives Referat, das eine eingehende Diskussion auslöste und insbesondere von Simon auf Grund der Erfahrungen aus seiner Amerikareise wirkungsvoll ergänzt wurde. Die deutsche Schuhindustrie in ihrer Leistungsfähigkeit im Vergleich zur amerikanischen fränke an ungenügender Spezialisierung, also daran, daß sie nicht so aufgebaut sei, daß der Betrieb nur Herren-, der andere nur Damen-, der andere nur Kinderschuhe mache, und wo auch die Arbeit der Arbeiter noch im besonderen spezialisiert sei. Aber die Art der deutschen Schuhproduktion ist eine historisch auf dem Wege über die Kunst- und Manufakturperiode gewordene. So ist die Zersplitterung viel größer geworden als im Neuland Amerika. Innerhalb dieser deutschen Eigenart haben die Betriebsräte zu arbeiten. Wo

größere Spezialisierung

angewendet werden kann, sei darauf zu drängen. Vor allem aber auch auf das Vorhandensein der notwendigen Erfindungsmaschinen und eigener Reparaturwerkstätten. Die Akkordarbeit, im allgemeinen völlig zu verurteilen, müsse zum mindesten überall dahin eingedämmt werden, daß sie nicht Mühl- und Rordarbeit sei. Auf die Durchführung wissenschaftlicher Betriebsführung sei zu drängen, obwohl unter der jetzigen Ordnung nicht zu verhindern sei, daß sie zugleich auch dem Kapitalismus zugute komme. — Die Diskussion brachte eine Fülle von Anregungen. Vertreter des Angestelltenver-

Post-Abonnenten

Damit die regelmäßige Zustellung des „Vorwärts“ im nächsten Monat keine unliebsame Unterbrechung erleidet, bitten wir unsere Post-Abonnenten, das Abonnement für März bei dem zuständigen Postamt sofort zu bestellen. Bezugspreis 20 M. einschl. Zustellungsgebühr. Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

bandes und der Werkmeisterverbände sprachen wiederholt die Bereitwilligkeit zu

engem Zusammenarbeiten mit der Arbeiterkraft

aus. Gegen 2 Stimmen wurde ein Antrag angenommen, worin auf das allerentschiedenste die unverständliche Handlungsweise derjenigen Kollegen und Kolleginnen verurteilt wird, die fortgesetzt an den gesetzlichen und tariflichen Bestimmungen rütteln und, um den Samstagnachmittag vollständig frei zu bekommen, gegen den Achtstundentag Sturm laufen. Der Kongress verspricht, in der Beziehung Aufklärung über dieses selbstschädigende Tun hinauszutragen. Zum dritten Punkt der Tagesordnung

„Arbeiterbildung und Betriebsrätebildung“

referierte Dr. Engelbert Graf-Stuttgart: Voraussetzung des Sozialismus sei Reife der Wirtschaft, Reife des Proletariats. Befreiung am Ende des Krieges und besitz heute das Proletariat die nötige Wirtschaftskennntnis, die Produktion weiterzuführen? Der Referent verneint es. Die Frage: Wo sind zur Schulung des Proletariats die Hebel anzusetzen? beantwortet er aus den Erfahrungen seiner Wanderlehrstätigkeit heraus eingehend. Er zeigte einen Kreis wirtschaftlicher Bedürfnisse und Aufgaben auf, ferner die Gebiete, Lehrmethoden und Lehrkräfte und die Arbeiterkategorien, an die sich die Bildungsarbeit zu wenden hat. Den systematischen, fesselnden Ausführungen wurde reichlich Beifall zuteil.

Die Diskussion, reich an Anregungen, schlußfolgerte, mehr und Systematischeres als bisher auf dem Gebiete der Bildungsbestrebungen zu leisten. Unter „Verschiedenes“ wurden vor allem gewisse unter Hinweggehen über Tariffestsetzungen inszenierte Streiks und Bewegungen gerügt.

Der Kongress klang in voller Harmonie aus.

Beamtenschaft und Sozialdemokratie.

In Berlin berät zurzeit ein Ausschuss der Stadtverordnetenversammlung über die neue Besoldungsordnung der Stadt und die Eingruppierung der städtischen Beamten. Wie wir hören, werden über die Stellungnahme der Vertreter unserer Fraktion in diesem Ausschusse die abenteuerlichsten Gerüchte verbreitet. Es sei deshalb darauf hingewiesen, daß die Beratungen dieses Ausschusses auf einstimmigen Beschluß aller Parteien vertraulich sind, damit auch der Anschein vermieden wird, als ob die Mitglieder sich bei irgendeinem Beschlusse von agitatorischen statt von sachlichen Gesichtspunkten leiten ließen. Alle Mitteilungen über bestimmte Beschlüsse — es ist überhaupt noch kein einziger endgültiger Beschluß gefaßt worden — beruhen also auf ganz haltlosen Kombinationen, noch viel mehr natürlich eine agitatorische Ausnutzung irgendeiner Stellungnahme einer einzelnen Fraktion.

Die Beamtenpolitik unserer Partei ist bekanntlich so klar wie nur möglich. Gerade in Berlin hat unsere Fraktion von jeher ganz eindeutig und entschieden den Standpunkt vertreten, daß alle niedrig besoldeten Beamten unbedingt so weit gehoben werden müssen, wie es sich mit den gesetzlichen Bestimmungen irgend vereinbaren läßt. Sie hat weiterhin schon vor Wochen im Plenum erklärt, daß die unsoziale Spannung zwischen den niedrigsten und höchsten Gehältern beseitigt werden müsse, und daß eine Gemeinde von der finanziellen Lage der Stadt Berlin es nicht verantworten könne, ihren höchsten Beamten dieselbe Lebenshaltung wie vor dem Kriege zu gewährleisten. Es dürfte selbstverständlich sein, daß unsere Vertreter in dem jetzt tagenden Besoldungsausschuss denselben Standpunkt, der durch Fraktionsbeschlüsse festgelegt ist, einnehmen. Eine solche Beamtenpolitik ist die einzige, die u. E. im Interesse der Allgemeinheit liegt, und wir werden sie jederzeit in der Öffentlichkeit vertreten.

Mit dieser Feststellung dürften sich alle Gerüchte und Mutmaßungen über die vertraulichen Verhandlungen des Ausschusses erledigen. Nach Abschluß der Beratungen werden wir die Stellung unserer Fraktion zu den Einzelfragen ausführlich darlegen und begründen.

Verhandlungen im Tapezierergewerbe.

In einer stark besuchten Versammlung der Tapezierer am Sonntag wurde von Müller über den Verlauf der bisherigen Lohnverhandlungen berichtet. Den Arbeitgebern sind folgende Forderungen eingereicht worden:

Gehilfen bis zu zwei Jahren nach beendeter Lehrzeit sollen 13 M. Stundenlohn erhalten, die älteren Gehilfen 17 M., berufliche

Hilfsarbeiter den Mindestlohn der Gehilfen, Hausdiener, Packer und sonstige Hilfsarbeiter 600 M., Zupferinnen 400 M. Wochenlohn, Tapeziererinnen 12,50 M. und Ungeübte 11 M. (nach 6 Monaten ebenfalls 12,50 M.) Stundenlohn. Ferner soll auf Außerhausarbeiten 1 M. und für Arbeiten außerhalb der Postgrenze 2 M. Zuschlag zum Stundenlohn (auch für Kleber) gewährt werden.

Die am 13. d. M. mit den Vertretern der Arbeitgeber gepflogenen Verhandlungen verliefen ergebnislos. Man lehnte es ab, über die eingereichten Vorschläge zu verhandeln und gab der Lohnkommission den Rat, die am 22. d. M. tagende Innungsverammlung abzuwarten.

Der hierauf von der Lohnkommission angerufene Schlichtungsausschuss fügte am 16. d. M. folgenden Spruch: Da eine tariflose Zeit vorliegt (der Tarif ist am 15. abgelaufen), der Schlichtungsausschuss aber als vereinbarte Schlichtungsstelle von einer Partei (den Arbeitgebern) nicht anerkannt wird, stellt zurzeit auf Grund der geltenden Bestimmungen dem Schlichtungsausschuss die Möglichkeit, in die Verhandlungen einzugreifen. Er empfiehlt den Parteien weitere Verhandlungen.

In der Diskussion wurde das Verhalten der Arbeitgeber scharf verurteilt und von einigen Rednern gefordert, sofort in den Streik zu treten.

Einen Wandel sich gegen diesen Antrag, der angesichts der Situation begrifflich sei; aber man dürfe sich nicht allein von der augenblicklichen Stimmung leiten lassen. Auch Gerhardt und andere Redner sprachen sich dahin aus, die letzte Verhandlungsmöglichkeit zu erschöpfen. Schließlich wurde der Antrag der Lohnkommission gegen eine geringe Stimmenzahl angenommen, der Empfehlung des Schlichtungsausschusses zu folgen, erneut über den Abschluß eines Tarifvertrages zu verhandeln. Die Versammlung wird die Innungsverammlung am 22. abwarten, verlangt aber, daß die Verbandsleitung sofort die Unternehmer zu neuen Verhandlungen zu spätestens 23. Februar einladet. Die Versammelten verpflichten sich, von ihren Unternehmern das Versprechen zu verlangen, in der Innungsverammlung für die Verhandlung am 23. auf Grundlage der beiderseitigen Tarifvorlagen einzutreten.

Sollte die Zustimmung nicht zustande kommen, so wird bei einer am Freitag, den 24. Februar, in den Zentralstraßen, Alte Jakobstraße 32, stattfindenden Versammlung über die weiteren Schritte beschlossen. Die Versammelten verpflichten sich, mit allen verfügbaren Mitteln für die Durchsetzung ihrer Forderungen einzutreten, bis dahin aber in den Betrieben nichts zu unternehmen, was die Bewegung gefährden könnte.

SPD.-Metallarbeiter-Funktionäre.

Donnerstag 6 Uhr Konferenz aller Vertrauensleute, Betriebsräte, Generalsammelungsdelegierten usw. in den „Sophienhöfen“, Sophienstraße 19. Vortrag des Kollegen Jean Strieder: „Zwei Jahre Betriebsratgesetz“.

Das Schreiben aller Funktionäre ist erforderlich, da wichtige Mitteilungen zu machen sind. Partei- und Verbandsbuch legitimiert. Der Fraktionsvorstand.

Buchbinder und Buchbinderarbeiten in der Buchdruckerei und Buchbinderei. Mittwoch nachmittag 4^{1/2} Uhr, in den Dronien-Bezirk, Inhaber Braumann, Rauhstr. 27, wichtige Versammlung aller Akkordarbeiter und -arbeiterinnen. Es ist Pflicht aller, zu erscheinen. Die Branchenleitung.

Die in den Mineralwasserbetrieben beschäftigten Arbeiter, Arbeiterinnen und Aufsicht nahmen Sonnabend den Bericht über die Lohnverhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss entgegen. Das Ergebnis derselben vor folgender Vergleich: Die Lohnsätze werden vom 1. Februar 1922 bis 31. März 1922 erhöht für Arbeiter um 100 M., für Arbeiterinnen um 90 M. und für Jugendliche um 75 M. pro Woche. Nach längerer Diskussion nahm die Versammlung die Vorschläge der Arbeitgeber an. Gedruckte Exemplare des Vergleichs sind im Verbandsbureau, Engelstr. 24/25, Zimmer 88, zu haben.

In der Lohnstreikfrage der Rasthofmacher tagte der Schlichtungsausschuss Groß-Berlin am Freitag. Bei den Verhandlungen erklärten die Arbeitgeber, sie wären nicht in der Lage, ihren Arbeitern den Stundenlohn mehr als 68 Pf. erhöhen zu können. Unter dem bisherigen Tarif erhielten die männlichen Zeitlohnarbeiter 10,81 M., die Akkordarbeiter 12,15 M. pro Stunde. Nach dem Schiedspruch des Schlichtungsausschusses, der einstimmig gefaßt wurde, beträgt der Stundenlohn für Zeitlohnarbeiter 18 M., für Akkordarbeiter 14,48 M. Diesen Schiedspruch nahmen die Arbeiter am Sonnabend an, obwohl sie die Sätze als zu gering bezeichneten. Dagegen lehnten die Arbeitgeber die Annahme ab. Der Streik geht daher weiter.

Arbeiterverband der Angestellten. Mittwoch, Doram-Konzert: Mitglieberversammlung abends 7 Uhr in Havelstraße 35. Neue Friedrichstr. 35. — Einzelabend: Funktionärsversammlung abends 7^{1/2} Uhr in den Sophienhöfen, Sophienstr. 17/18.

Deutscher Arbeiterverband. Mittwoch 5^{1/2} Uhr bei Witzke, Sebastianstraße 30. Versammlung aller in den Tamenhut- und Unpreßbetrieben Beschäftigten.

Deutscher Transportarbeiterverband. Glas- u. Teppichreinigungsbranche: Mittwoch 4 Uhr im Englischen Hof, Wiegandstr. 17b. Versammlung. Löhnsatz- und Rentenbericht. Neuwahlen. Stellungnahme zur Tarifkündigung. — Vertrauensleute der Gruppe Deiner, Gruppe: Mittwoch 5 Uhr bei Witzke, Poststr. 29. Vertrauensleuteversammlung. — Handbinder, Arbeiterinnen, Arbeiterinnen der Gruppe Seemt- und Seidenweberei: Mittwoch 5 Uhr in der Schule Niederkirchstr. 13. Gruppenversammlung.

Deutscher Holzarbeiterverband. Glasmacher: Die Branchenversammlung ist Donnerstag abends 7 Uhr im Rosenkeller Hof, Westthaler Str. 11/12. Wichtige Tagesordnung. Regelmäßiges und pünktliches Erscheinen ist Pflicht. — Die Branchenleitung.

Vertrauensleute für den Bezirk. Teil: Franz Müller, Berlin-Lichterfelde; für Arbeiter: H. Wiedt, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Linbenstr. 2, Straß 1 Verlag.

Vanflavin-Pastillen

(selt. wirksam)

zur Desinfektion der Mund- und Rachenhöhle besonders bei

Grippe, Halsentzündung, Verschleimung

Erhältlich in den Apotheken u. Drogerien

Stoffe

für Herren- u. Damen-Bekleidung
bzw. Fabrikate, große Auswahl, Verkauf meterweise

Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudenstr. 20-21

MAGGI^s Würze

in großen Originalflaschen Nr. 6
besonders vorteilhaft. Man füllt daraus
das kleine Maggi-Fläschchen selbst nach
und hat außer Geldersparnis noch die
Garantie der Echtheit
Achtung auf unversehrten Plombenverschluss.

Man verlange ausdrücklich **MAGGI^s Würze**

Warum die Kartoffeln so teuer sind.

Ein Landwirt, der daran — unschuldig ist.

Wie ist das möglich, daß in Berlin die geradezu ungeheuerlichen Kartoffelpreise gefordert werden konnten, die in den letzten Wochen bekannt geworden sind! Den empörten Hausfrauen, die 3 Mark pro Pfund und ähnliche Preise als wucherisch ablehnen und auf den Kauf von Kartoffeln verzichten, antworten die Händler mit Klagen über Wucher der Landwirte. Die Landwirte aber erklären sich für schuldlos und schimpfen über den verteuerten Zwischenhandel, bei dem man die eigentlichen Wucherer zu suchen habe.

Die Saatkartoffeln des Großagrarsiers.

In dem Dorfe Seichow (südlich von Berlin) wirtschaftet ein Großgrundbesitzer Neuhaus, der dort den Posten des Amtsvorstehers hat und zu den Führern des Landbundes gehört. Dieser Herr hatte im Herbst, als die kleinen Leute und Händler zu ihm kamen und Kartoffeln haben wollten, bald keine Kartoffeln mehr zu verkaufen. In Kartoffeln überhaupt fehlte es ihm nicht, aber sehr bedeutende Mengen davon bestimmte er zu „Saatkartoffeln“. Während die kleinen Bauern damals ihre Kartoffeln für 50 Mt., 70 Mt. pro Zentner weggaben, kostete der Großgrundbesitzer Neuhaus weit über 10 000 Zentner in Kartoffelmieten ein. Als aber im Januar und Februar die Kartoffeln knapp wurden (und die Preise stiegen), waren mit einem Male bei Neuhaus große Mengen Kartoffeln zu haben. Man sagt, daß in der letzten Zeit täglich Hunderte Zentner bei ihm verkauft worden seien.

Wie Mitleid sich rentiert.

Herr Neuhaus wird uns antworten, daß er Mitleid mit den Kartoffelkäufern gehabt und daher seine Saatkartoffeln hergegeben habe. Schön! Uns scheint aber, daß dieses Mitleid seinem Geldbeutel nicht leicht bekommen ist. Für 150 Mark pro Zentner soll er Kartoffeln an einen Mann namens Beiger aus dem benachbarten Groß-Ziethen verkauft haben, der eine Zeitlang täglich ein paar Fuhren davon abholte. Hier fällt uns allerdings ein, daß der für die Behörden geltende „Marktpreis“, über den eigentlich auch der Amtsvorsteher unterrichtet sein könnte, „nur“ 85 Mt. pro Zentner beträgt. Danach müßten wir annehmen, daß bei Neuhaus die Kartoffeln doch wohl keine 150 Mt. pro Zentner gekostet haben. Aber, freilich, es waren ja Saatkartoffeln, für die kein „Marktpreis“ gilt.

Hände, die sich mit darin wuschen.

Der genannte Groß-Ziethener soll die bei Neuhaus gekauften Kartoffeln sofort mit einem sehr bedeutenden Aufschlag an kleine Händler aus Berlin weiterverkauft haben, die auf seinem Hof schon die Ankunft der Kartoffeln aus Seichow erwarteten. Man sieht, wie hier noch ein Zwischenhändler sich einschob und sich einen nicht zu knappen Profit zu sichern verstand. Der Mann wird zur Verurteilung des reichlichen Preisauflages anführen, daß er in Seichow jedesmal erst Wagen, Pferde und Anställe gegen Entgelt leihen mußte, um die Kartoffeln nach Groß-Ziethen schaffen zu lassen. Wer weiß, ob nicht am Ende der Bedauernswerte noch etwas ungesetzlich hat! Bonaemer als er hatte es ein anderer Mittelsmann, ein gewisser Busch in Seichow, der von Neuhaus an einem Tage 100 Zentner Kartoffeln und an zwei anderen Tagen ähnliche Mengen kaufte. Er gab sie mit bedeutendem Aufschlag an einen Bekannten aus Brix und überließ es diesem selber, sie abzuholen. Da kann man sich denken, was die Kartoffeln im Kleinhandel gekostet haben mögen. Zweifellos haben die meisten der Saatkartoffeln in den Händen der Berliner gendelt, weil sie den Händlern als „Saatkartoffeln“ gerade recht waren.

Der „Segen“ des freien Handels.

Die Saatkartoffeln des Herrn Neuhaus können nach dem heutigen Preis für Kartoffeln ihm doppelt soviel einbringen, wie er im Herbst dafür erhalten hätte. Bei einem ein-

gemieteten Vorrat von über 10 000 Zentner läßt sich ein Mehrerlös von einigen hunderttausend Mark heraus schlagen. Herr Neuhaus schreibt schon, wenn ein Arbeiter das Gehalt des vor dem Kriege gegebenen Lohnes braucht. Merkt denn dieser Landbundsführer nicht, das Wieselsache früherer Preise ihm jetzt für seine Kartoffeln in die Hand gedrückt wird? Er und seinesgleichen liefern den schlagenden Beweis dafür, wie nötig die Zwangswirtschaft war und wie bitter die Abschaffung sich an dem arbeitenden Volk rächt. Der „Segen“ des freien Handels strömt den Landwirten nicht minder reichlich zu als den Händlern — die Verbraucher aber müssen dafür aufkommen und zahlen, daß ihnen die Augen übergehen.

Woraus erklären sich die in Berlin den Verbrauchern abgeforderten ungeheuerlichen Kartoffelpreise? Das Beispiel aus dem Reich des Herrn Neuhaus in Seichow ist ein Beitrag zur Beantwortung dieser Frage. Wie billig ein Landwirt seine Kartoffeln verkaufen kann, wenn er will, lehrt ein uns aus der Provinz mitgeteilter Fall. Ein Bewohner von Niederhohenems bei Berlin, der Mitte Februar in einem Dorf des Kreises Verichow I zu tun hatte, erkundigte sich bei dieser Gelegenheit nach Kartoffeln. „Was wollen Sie geben?“ fragte ihn ein Bauer. „Ja, was kosten sie denn?“ Etwas vorlegen antwortete der Bauer: „Wir haben schon 70 Mark für einen Zentner bekommen.“ Der ehrliche Bauer mußte wohl nicht darüber Bescheid, wie jetzt mit Kartoffeln gewuchert wird. „Schon“ 70 Mark! Der Kauflustige griff erfreut zu, und am Abend buchtete er seinen Zentner Kartoffeln zum Bahnhof. Auf der Heimfahrt vertrieb er sich dann die Zeit damit, eine Antwort auf die Frage zu suchen, wieso in Berlin ein Pfund Kartoffeln 3 Mark, also der Zentner 300 Mark kosten kann.

Wesentliche Volksversammlungen der SPD.

am Freitag, den 24. Februar, abends 7 Uhr.

Alle übrigen Parteiveranstaltungen fallen an diesem Abend aus. Für Berlin-Kreuzberg, Neukölln, Britz-Rudow und Spandau finden die Versammlungen am Donnerstag, den 23. Februar, statt.

Kunstmazene.

Die deutschnationale Fraktion der Stadtverordnetenversammlung hat an der Schönheit des Magistratsgebäudes Anstoß genommen und einen Versuch gemacht, ihm eine Fierde zu verschaffen. Sie hat diesmal an die Stadtverordnetenversammlung einen Antrag gestellt, daß die aus dem Saal entfernten Hohenzollernbilder wieder zurückgebracht werden — da „sie erheblichen künstlerischen Wert haben“.

Nun ist es natürlich eine Barbarei, kunstliebenden Menschen den Genuß des Bilderanschauens zu verweigern, und eine Ablehnung des Antrags wird wieder ein Zeichen des kulturellen Tiefstandes der Berliner Stadtverordneten sein; aber vielleicht könnte man doch die Wünsche der künstlerisch angelegten Deutschnationalen befriedigen, indem man nur das entschiedene künstlerische Porträt — nach dem deutschnationalen Standpunkt — des letzten Hohenzollern in den Magistratsaal hineinhängt und bei allen Vorwürfen der Kunstmazene über die Zeitverhältnisse immer auf ihn als deren letzte Ursache hinweist. Daneben aber könnte man — um Anschaffungs-

kosten zu vermeiden — teilweise andere künstlerische Bilder hängen, zum Genuß und zur Erziehung der noch weiter zurückgebliebenen Stadtverordneten, die die hohe Kunst der Hohenzollernbilder nicht verstehen. Ein paar Zeichnungen von Honoré Daumier, die Freiheitsbilder von Delacroix, vielleicht die Revolution von Magnus Zeller. Großes Interesse würde auch die beschlagnahmte Rappe von George Gros erwecken, die dem Militarismus nicht gerade freundlich gesinnt ist.

Es ist leicht möglich, daß die Deutschnationalen hier weniger Kunst sehen würden als in den Hohenzollernbildern, aber dafür könnten sie in diesen Objekten etwas lernen. Und die hohe Kulturstufe der Stadtverordnetenversammlung, die jedem seinen Genuß verschafft, wäre erwiesen.

Der Schuß auf die Schwiegermutter.

Folgen einer unglücklichen Ehe.

Eine Anklage wegen versuchten Mordes, die den Kaufmann Kurt Triebe vor das Schwurgericht des Landgerichts III führte, bildete wieder einmal den Abschluß einer unglücklichen Ehe.

Der Angeklagte, dem von allen Seiten das beste Zeugnis gegeben wird, war in einer Anilinfabrik bei Bitterfeld beschäftigt. Bei einem Besuche in Berlin hatte er ein junges Mädchen, das sich mit Porzellanmalerei beschäftigte, kennen gelernt. Um sie heiraten zu können, ließ er sich nach einer Fikale der Fabrik in Treptow verheiraten und es kam zur Ehe. Nach der Rückkehr von der Hochzeitsreise nahmen die jungen Leute, die eine andere Wohnung nicht finden konnten, mit zwei Zimmern für sich, die ihnen die Mutter von ihrer eigenen Wohnung überließ. Nach und nach kam es dann zu Zwietereien zwischen Schwiegermutter und Schwiegersohn, die sich fortgesetzt steigerten und zu häßlichen Zusammenstößen führten. Der Angeklagte fühlte heraus, daß seine Frau sich unter dem Einfluß ihrer Eltern immer mehr von ihm abwandte, er wurde schließlich — teilweise auch durch sein eigenes Verhalten — ein Fremdling in seiner Behausung und ließ in seinem Ärger einmal ein häßliches Wort über die Schwiegermutter fallen, was diese veranlaßte, eine Beleidigungsklage gegen ihn anzustrengen. Die Ausregung, in die er durch diese Vorgänge versetzt wurde, steigerte sich gewaltig, als seine Frau die Ehescheidungsklage gegen ihn einreichte und er sich genötigt sah, das Haus zu verlassen. Am 24. Juli kam es wieder in der Küche zwischen ihm und den beiden Frauen zu heftigen Auseinandersetzungen, an deren Schluß der Angeklagte plötzlich einen Revolver hervor — und einige Schüsse auf seine Frau und deren Mutter abgab, durch die die Mutter nicht unerheblich verletzt wurde. Dann stürmte der Angeklagte in ein Nebenzimmer und brachte sich selbst einen Schuß in den Kopf bei. Beide Verwundete sind am Leben geblieben.

Der Angeklagte hatte Aufzeichnungen im Zimmer niedergelegt, aus welchen die Anklagebehörde den Schluß zog, daß er in voller Ueberlegung gehandelt habe. Die Verteidiger beantragten die Freisprechung des Angeklagten, der nach dem Gutachten des Gerichtsarztes Dr. Bürger ein minderwertiger Psychopath sei und jedenfalls in psychischem Affekt gehandelt habe und sich jetzt überhaupt auf nichts mehr besinnen könne. Die Geschworenen verneinten die Schuldfragen, worauf der Angeklagte freigesprochen wurde.

90 Schuldfragen im Prozeß gegen eine Fälscherbande.

Der Prozeß, der vor dem Schwurgericht des Landgerichts III mehrere Tage gegen sieben Personen verhandelt wurde, die in riesigem Umfange Schiebereien mit gefälschten Ein- und Ausfuhrscheinen betrieben haben, endete mit der Verurteilung sämtlicher Angeklagten und zwar: Kaufmann Walter Hohenstein zu 3 Jahren Gefängnis, Heiratsvermittlerin Margarete Köbe zu 1 Jahr Gefängnis, die Kunstzeichnerin Amanda Braun zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis, Karl Braun zu 3 Jahren Jugendhaft, die Scherper Wolff zu 1 Jahr 4 Monaten Gefängnis, Werner zu 1 Jahr und 2 1/2 Monaten Gefängnis, außerdem zu Nebenstrafen von 1000 bis 6000 M. Geldstrafe. Die Geschworenen hatten circa 90 Schuldfragen zu beantworten.

Eine seltsame Nacht.

Roman in vier Stunden von Laurids Bruun (Schluß.)

Werner wandte sich zu ihm und sagte kalt und geschäftsmäßig, ohne ihn anzusehen:

„Als ich über den Feldweg zum Siegelhof ging, fand ich vor der Gartenhecke im Mondlicht diese Brieftasche. Sie war leer; aber ich sehe es als meine Pflicht an, sie dem Amtsvorsteher einzuhändigen, denn sie hat meinem Onkel gehört.“

Hjarmer nahm die Brieftasche und betrachtete sie gleichgültig.

„Der Mörder hat sich selbst gemeldet,“ sagte er mechanisch, „ein armer, gelbesgestrichelter Mensch hier aus der Gegend.“

„Pflücht leuchtele es wie ein Schimmer von Schadenfreude in seinem Blick auf.“

„Und ich kann Ihnen gleichzeitig die Mitteilung machen, daß sich zwischen den Papieren, die in der Tasche lagen, auch das Testament befand, von dem Ramsell Berg sprach.“

„Und was steht darin?“

„Lesen Sie selbst!“

Hjarmer suchte das Dokument zwischen den Papieren auf dem Handtisch hervor und reichte es Hilse.

Werner entfaltete das Testament und las, während das Blut ihm zu Kopfe stieg. Dann legte er es zusammen und sagte zu Frau Helwig gewandt:

„Das Märchen war nur kurz, Frau Hjarmer! — Die Sage vom reichen Erben ist bereits zu Ende!“

Sie sandte ihm einen strahlenden Blick ihrer großen, grauen Augen: „Aber ein neues Märchen beginnt, Werner Hilse!“

„Was war das? — Er sah hastig auf. „Frau Hjarmer?“ kam es zweifelnd.

„Die Frau, die nur noch dem Sicherem und Gewissen verlangte und aller Menschen Achtung wollte —“

„Was, die —“

„Sein dunkler Blick ruhte angstvoll auf ihr; er konnte nicht glauben —“

„Oh, sie ist wie verwandelt!“ rief sie und lächelte durch Tränen. „Das Märchen kam zu ihr in einer Sommernacht und öffnete ihr die Augen!“

„Ist es Ihr Ernst?“ fragte er leise und bebend.

„Sie ist ein natürlicher Mensch geworden!“ sagte Helwig und streckte ihm beide Hände entgegen.

„Helwig Vönsfeldt!“ Es klang fast wie ein Schluchzen, während er ihre Hände ergriß und sie so heftig presste, daß ihr Antlitz sich verzog; aber sie achtete nicht des Schmerzes.

„Als der Mörder von dem Testament erzählte,“ sagte sie,

„als ich hörte, daß du dennoch arm seiest — wie an jenem Abend, als du mich hättest zu eigen nehmen sollen, wie ein Mann die Frau in seine Arme nimmt, die die Seine ist — da wußte ich, daß eine Verwandlung in mir vorgegangen sei. Da war ich nicht mehr verzagt, da war ich von Freude und Sehnsucht erfüllt, denn nun wußte ich, daß es sich dennoch erfüllen sollte —“

„Was?“ fragte Werner in atemloser Spannung.

„Das ich für Liebe und Glück kämpfen sollte — Hand in Hand mit dir!“

Werner beugte sich herab und küßte ihre lieben Hände. Dann erinnerte er sich, wer zugegen sei. Er wandte sich zu Hjarmer um und versuchte in dessen Gesicht zu lesen, was in ihm vorging. „Aber dein — aber der Amtsvorsteher?“ fragte er zögernd.

Frau Helwig versuchte Hjarmers Blick zu fangen, wie er dort stand, bleich und müde, und gebeugten Hauptes vor sich hinstarrte.

„Auch kennst jetzt mein Herz,“ sagte sie schließlich, „und dein Recht!“

6.

Die Tür zum Schlafzimmer wurde geöffnet, und Selma Sindal kam still herein.

Sie hatte Hut und Mantel an und trat langsam näher, die großen, blauen Augen noch blank von Tränen.

Als sie Werner Hilses ansichtig wurde, blieb sie überrascht stehen. Als sie sah, daß er Frau Helwigs Hand in der seinen hielt, stieg ihr das Blut in die Wangen, und ihre Lippen verzogen sich in heftigem Schmerz, während sie sich zu Hjarmer umblühte, der hastig den Kopf abwandte.

Da ging ihr Herz mit ihr durch. Sie stürzte auf Frau Helwig zu und fragte aufs tiefste bewegt:

„Oh, Frau Hjarmer — was haben Sie getan?“

Frau Hjarmer aber sah sie strahlenden Blickes an: „Was recht war, und was ich tun mußte!“

Fräulein Sindal überlegte ihre Worte nicht mehr. Sie sagte warm und offen, wie ihr Herz es ihr eingab:

„Wie konnten Sie ihm das antun?“

Da wandte Hjarmer sich langsam um. Er richtete seine bleichen, müden Augen auf sie und fragte bewegt:

„Fräulein Sindal — weshalb nahmen Sie so große Schuld auf sich?“

Sie errödete über und über, während die runden Finger mit den Handschuhen in ihrer Hand spielten.

Dann trat er neben sie.

„Wor es, um Helwigs Schuld zu decken?“ fragte er.

Sie schlug die Augen nieder und biß sich in die Lippe, aber sie antwortete nicht.

„Oder war es, um mich zu schonen?“ kam es leise und bebend.

Ihre großen Augen streiften hastig die seinen. Dann beugte sie den Kopf, ohne etwas zu sagen.

Er stand eine Weile und sah sie an.

Schließlich fand er Worte:

„So viel konnten Sie geben! — Und so schnell glaubte ich Schlechtes von Ihnen! Verzeihen Sie mir!“ bot er leise.

Frau Helwig nahm Selmas abschlundenen Kopf zwischen ihre Hände.

„Sie liebe — liebe Freundin,“ sagte sie mit Tränen in der Stimme. „Sie waren Ellen eine bessere Mutter, als ich es jemals werden könnte! Wenn ich nun fortgehe, werden Sie bei ihr bleiben!“

Selma schwankte einen Augenblick, als wüßte sie nicht, wohin sie sich wenden sollte.

Da wurde sie von einer tiefen Bewegung übermannt.

„Oh, Frau Hjarmer,“ sagte sie weinend, indem sie den Kopf an ihre Schulter legte.

Doktor Enst stand in der offenen Glastür und zeigte gen Nordost, wo der Himmel hell zu werden begann.

„Sehen Sie dorthin!“ sagte er begeistert mit seiner tiefen, etwas heiseren Stimme. „Jetzt dämmert der Morgen herauf!“

Die Elfen gehen zur Ruhe. Die Schlangen verbirgt ihren Kopf zwischen den weißen Springen, und Pan flüchtet scheu in seine Wälder zurück.“

Dann wendete er sich vom Garten ab und kam ins Zimmer.

„Wir armen Menschen aber beginnen einen neuen Tag; und keiner weiß, was er uns bringen wird!“

Frau Helwig sah auf und sagte stark und jubelnd:

„Doch, Doktor — jetzt wissen wir es!“

Er blieb mitten im Zimmer stehen und umfaßte sie alle mit einem raschen Blick seiner kleinen, schwarzen Augen, in denen es von verborgener Munterkeit blühte.

Dann schlug er die dicken, behaarten Hände zusammen und rief:

„Das hab ich mir ja gedacht! — Ich hab es ja gewußt!“

„Gott segne euch alleamt, liebe Kinder!“ sagte er und ging mit ausgebreiteten Armen auf sie zu.

Unterwegs blieb er stehen und suchte nach einem festlichen Ausdruck für seine Freude.

„Gibt es nicht etwas Whisk? —“ fragte er und sah sich um.

Fräulein Selma zeigte durch Tränen lächelnd auf den Tisch:

„Da steht Ihr böser Instinkt, Doktor Enst!“

Er rief sich vergnügt die Hände, trat an den Tisch und schenkte die vier Gläser voll.

„Ja,“ sagte er und hob seines, „hab ich das nicht immer gesagt! — Die Instinkte sollen leben — die guten wie die bösen!“

Wirtschaft

Der Stand der sozialen Baubetriebe.

Am 30. Januar fand im Berliner Gewerkschaftshaus die dritte Konferenz der Leiter sozialer Baubetriebe statt, die sich in der Hauptsache mit betriebswirtschaftlichen und betriebssozialen Fragen zu beschäftigen hatte. Den Bericht über die Bewegung gab der Geschäftsführer des Verbandes sozialer Baubetriebe, Dr. Wagner. Zurzeit bestehen in Deutschland etwa 250 soziale Baubetriebe, von denen etwa 200 dem VSB angeschlossen sind. Das Stammkapital dieser Betriebe beläuft sich auf rund 18 Millionen Mark, die Zahl der beschäftigten Arbeiter auf etwa 20.000, der Umsatz im letzten Geschäftsjahr auf 350 Millionen Mark. Nach einer Feststellung des Verbandes sozialer Baubetriebe haben allein die diesem Verband angeschlossenen Betriebe die Privatunternehmer im letzten Geschäftsjahr bei den erhaltenen Aufträgen um rund 40 Millionen Mark unterbieten. Darüber hinaus haben sie überall, wo sie wirkungslos in den Wettbewerb mit den Privatunternehmern eintreten konnten, auch die Privatunternehmer zur Herabsetzung ihrer Preise gezwungen. Alles in allem wurden auf diese Weise den öffentlichen Baubehörden Hunderte von Millionen erspart.

Nach den Berichten Dr. Wagners und des Verbandesyndikus Morf sind fast alle Betriebe weit über ihre Leistungsfähigkeit hinaus mit Aufträgen versehen. Zur Umwidmung der Aufträge fehlt es vielen Betrieben an Betriebskapital. Besonders seit der letzten Teuerungswelle sind die finanziellen Ansprüche an die Betriebe gewaltig gestiegen. Es wurde deshalb den bereits überlasteten Betrieben dringend empfohlen, ohne Erhöhung des Stammkapitals keine neuen Aufträge mehr hereinzunehmen, es sei denn, daß die Bauauftraggeber die Mittel zur Auslieferung der neuen Aufträge zur Verfügung stellen. Den Betriebsleitern wurde empfohlen, auf die demokratische Selbstverwaltung der Betriebe und auf ein gutes Verhältnis zwischen Hand- und Kopfarbeitern ein besonderes Gewicht zu legen. Die in den Betrieben beschäftigten Kopf- und Handarbeiter müßten sich für die Betriebe verantwortlich fühlen, nur dann werde man volle Erfolge mit der Sozialisierung haben.

Beim Punkt Bauaufträge berichtete Dr. Wagner über die Verhandlungen des Verbandes sozialer Baubetriebe mit dem Reichswirtschaftsministerium und den Zementindustriellen zwecks Zementbeschaffung für die sozialen Baubetriebe, ferner über das, was der VSB zur gemeinwirtschaftlichen Regelung der Baustoffbeschaffung bereits getan hat und noch zu tun gedenkt. In einzelnen Betrieben haben der VSB oder seine Untereinheiten die Baustoffproduktion bereits selbst in Angriff genommen und dadurch den Beweis erbracht, daß die Baustoffe erheblich billiger auf den Markt zu bringen sind als von den privaten Baustoffindustriellen. In der Aussprache über diesen Punkt wurde lebhaft über den immer größer werdenden Baustoffmangel geplagt und verlangt, daß das Reichswirtschaftsministerium eingreife. Auch über den unsozialen Geist mancher Wohnungsfürsorgegesellschaften und über das völlige Versagen der Bezirkswohnungsämter bei der Bekämpfung des Baustoffmangels wurde lebhaft geklagt. Kaum in einem einzigen Falle hätten die Bezirkswohnungsämter von ihrem Recht der Beschlagnahme von Baustoffbetrieben oder auch nur der produzierten Baustoffe Gebrauch gemacht. Zur Stabilisierung der Baupreise wurde verlangt, daß die Baustoffzuschüsse zum Teil in Baustoffen zu festen Preisen gegeben werden. Ein entsprechender Antrag wurde einstimmig angenommen. Desgleichen einige weitere Anträge, die sich auf die Rationalisierung der Baustoffwirtschaft und auf andere Maßnahmen zur Verbilligung der Baustoffe beziehen.

Nachdem noch die Frage der Kredit- und Kapitalbeschaffung besprochen worden war, wobei das Fehlen einer Genossenschafts-

bank beklagt wurde, entwickelte Verbandesyndikus Morf die Grundzüge für die Aufnahme von Baubetrieben in die Bauhüttenbetriebsverbände. Die Konferenz zeigte in ihrem Verlauf gegenüber den beiden vorausgegangenen Konferenzen einen wesentlichen Fortschritt. Aufrichtig, klar und sachlich trugen alle Redner ihre Ansichten vor. Der allgemeine Eindruck von der Konferenz war der: die baugewerbliche Sozialisierungsbewegung ruht auf gesunden Grundlagen; ihre organische Weiterentwicklung ist gesichert.

Rückgang des Papiergeldumlaufes. Nachdem die beiden letzten Wochen der Reichsbank eine erhebliche Steigerung des Papiergeldumlaufes gebracht haben, ist am 15. Februar ein Rückgang eingetreten. Der Banknotenumsatz ermäßigte sich um 850 Millionen auf 115,7 Milliarden Mark, die im Verkehr befindlichen Darlehenskassenscheine gingen um 180,9 Mill. auf 7,9 Milliarden Mark zurück.

Die Kurssteigerung fremder Zahlungsmittel, über die wir bereits berichtet haben, setzte sich gestern im weiteren Verlauf der Börse fort. Nach den amtlichen Notierungen stieg der Dollar von 209,23 auf 216,88, er wurde später im freien Verkehr noch mit 220 gehandelt. Reichlich erhöhten sich auch die übrigen Devisen, so nach den amtlichen Kursen 100 holländische Gulden von 7992,10 auf 8100,80, 1 Pfund Sterling von 112,05 auf 115,50, 100 französische Franken von 1888,10 auf 2007,95 und 100 Schweizer Franken von 4095,90 auf 4255,70. Besonders mit der Kurssteigerung der Devisen ging eine kräftige hausse der Dividendenwerte, unter denen lediglich die höher dotierten oberösterreichischen Aktien eine Ausnahme machten. Die übrigen Papiere stiegen, z. T. um 100 Prozent und darüber.

Wasserkraftwerk an der Ruhr. Uns wird geschrieben: Die Stadtverordnetenversammlung in Rülheim a. d. Ruhr beschloß, zur Ausnutzung der Wasserkraft an einer bereits bestehenden Schleuse eine Wasserkraftanlage zu errichten. Der Kostenvoranschlag beträgt 60 Millionen Mark. Die Anlage ist berechnet auf eine durchschnittliche jährliche Erzeugung von 18 Millionen Kilowattstunden. Ueber die Verwertung des Stromes sind Verhandlungen mit dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk gepflogen worden mit dem Ergebnis, daß zunächst der Strom an die industriellen Werke und der Rest an das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk abgegeben wird. Durch einen älteren Vertrag ist die Deutsch-Lugemburgerische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft (Stinnes-Konzern) verpflichtet, die Hälfte der Kosten für den Schiffahrtsweg zu übernehmen. Die Kapitalbeschaffung für die Reuanlage geschieht denn auch in der Weise, daß die Stadt Rülheim a. d. Ruhr 30 Millionen Mark und Deutsch-Lugemburg ebenfalls 30 Millionen Mark übernimmt. Die Ueberführung aus der Kraftanlage dürfen nur zur Tilgung der Anlagekosten des Kraftwerkes und später zur Abschreibung der Anlagekosten des Schiffahrtsweges und zu einer Verbesserung verwendet werden. Gegen Abzahlung des Kapitals bei der Deutsch-Lugemburg kann die Stadt die Anlage in den alleinigen Besitz übernehmen. Bei Uebernahme des Kraftwerkes durch die Stadt sollen die Ueberträge ebenfalls ausschließlich zugunsten des Kraftwerkes und des Schiffahrtsweges verwendet werden.

Die deutsch-russische Transportgesellschaft im Harriman-Konzern. Die deutsch-russische Transportgesellschaft ist neben der Hamburg-Amerika-Linie als weiterer Gesellschafter in den amerikanischen Harriman-Konzern eingetreten. Die deutsch-russische Transportgesellschaft ist eine vor etwa Jahresfrist von der russischen Regierung zusammen mit der Hamburg-Amerika-Linie gegründete Transportgesellschaft, die den Rued hat, Transporte für die russische Regierung von Deutschland nach Rußland auszuführen.

Wetter bis Mittwoch mittag. Veränderlich, überwiegend kräftig und etwas neblig, mit wiederholten, im Norden vielfach starken Niederschlägen. Temperatur meist über Null.

- 55. 10. Tempelhof, 8 Uhr Nachmittags in folgenden Lokalen: 1. Bezirk bei Hausen (neues Lokal), Borussia, Cde Neue Straße; 2. Bezirk bei Gundersh. Kaiserin-Augusta-Str. 40; 3. Bezirk bei Hofe, Kaiser-Wilhelm, Cde Westendstraße; 4. Bezirk bei Rahment. Westendstr. 14; 5. Bezirk bei Schmale, Friedrich-Wilhelm, Cde Westendstraße; 6. Bezirk bei Beder, Ringbahnstr. 4; 7. Bezirk bei Wagnel, Oberländerstr. 1.
- 57. 10. 10. 10. 7 Uhr bei Schulz, Gieseler Str. 100, Funktionäre, Gewerkschaften aller Funktionen in Wilm. Wichtige Tagesordnung. Das gesamte Material zu den Elternvereinsarbeiten ist von den Bezirksleitern mitzubringen.
- 108. 10. 10. 10. 7 1/2 Uhr Vorabendbesprechung bei Müller.
- 109. 10. 10. 10. 7 1/2 Uhr Nachmittags: 1. und 2. Gruppe bei Fiedling, Westendstr. 14; 3. Gruppe bei Schorer, Gieseler-Str. 17; 4. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 5. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 6. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 7. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 8. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 9. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 10. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 11. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 12. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 13. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 14. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 15. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 16. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 17. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 18. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 19. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 20. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 21. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 22. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 23. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 24. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 25. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 26. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 27. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 28. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 29. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 30. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 31. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 32. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 33. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 34. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 35. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 36. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 37. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 38. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 39. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 40. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 41. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 42. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 43. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 44. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 45. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 46. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 47. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 48. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 49. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 50. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 51. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 52. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 53. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 54. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 55. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 56. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 57. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 58. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 59. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 60. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 61. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 62. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 63. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 64. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 65. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 66. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 67. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 68. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 69. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 70. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 71. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 72. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 73. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 74. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 75. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 76. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 77. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 78. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 79. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 80. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 81. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 82. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 83. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 84. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 85. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 86. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 87. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 88. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 89. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 90. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 91. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 92. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 93. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 94. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 95. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 96. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 97. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 98. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 99. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 100. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 101. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 102. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 103. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 104. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 105. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 106. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 107. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 108. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 109. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 110. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 111. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 112. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 113. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 114. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 115. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 116. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 117. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 118. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 119. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 120. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 121. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 122. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 123. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 124. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 125. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 126. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 127. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 128. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 129. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 130. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 131. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 132. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 133. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 134. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 135. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 136. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 137. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 138. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 139. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 140. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 141. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 142. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 143. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 144. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 145. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 146. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 147. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 148. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 149. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 150. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 151. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 152. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 153. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 154. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 155. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 156. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 157. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 158. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 159. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 160. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 161. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 162. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 163. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 164. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 165. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 166. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 167. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 168. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 169. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 170. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 171. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 172. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 173. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 174. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 175. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 176. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 177. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 178. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 179. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 180. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 181. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 182. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 183. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 184. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 185. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 186. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 187. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 188. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 189. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 190. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 191. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 192. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 193. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 194. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 195. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 196. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 197. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 198. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 199. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 200. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 201. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 202. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 203. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 204. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 205. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 206. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 207. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 208. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 209. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 210. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 211. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 212. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 213. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 214. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 215. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 216. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 217. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 218. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 219. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 220. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 221. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 222. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 223. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 224. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 225. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 226. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 227. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 228. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 229. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 230. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 231. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 232. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 233. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 234. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 235. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 236. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 237. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 238. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 239. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 240. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 241. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 242. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 243. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 244. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 245. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 246. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 247. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 248. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 249. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 250. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 251. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 252. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 253. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 254. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 255. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 256. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 257. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 258. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 259. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 260. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 261. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 262. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 263. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 264. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 265. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 266. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 267. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 268. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 269. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 270. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 271. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 272. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 273. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 274. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 275. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 276. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 277. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 278. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 279. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 280. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 281. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 282. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 283. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 284. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 285. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 286. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 287. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 288. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 289. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 290. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 291. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 292. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 293. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 294. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 295. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 296. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 297. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 298. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 299. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 300. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 301. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 302. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 303. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 304. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 305. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 306. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 307. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 308. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 309. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 310. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 311. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 312. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 313. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 314. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 315. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 316. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 317. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 318. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 319. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 320. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 321. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 322. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 323. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 324. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 325. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 326. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 327. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 328. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 329. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 330. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 331. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 332. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 333. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 334. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 335. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 336. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 337. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 338. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 339. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 340. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 341. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 342. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 343. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 344. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 345. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 346. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 347. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 348. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 349. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 350. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 351. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 352. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 353. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 354. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 355. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 356. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 357. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 358. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 359. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 360. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 361. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 362. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 363. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 364. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 365. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 366. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 367. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 368. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 369. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 370. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 371. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 372. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 373. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 374. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 375. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 376. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 377. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 378. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 379. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 380. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 381. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 382. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 383. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 384. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 385. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 386. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 387. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 388. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 389. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 390. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 391. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 392. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 393. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 394. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 395. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 396. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 397. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 398. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 399. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 400. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 401. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 402. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 403. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 404. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 405. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 406. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 407. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 408. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 409. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 410. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 411. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 412. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 413. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 414. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 415. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 416. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 417. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 418. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 419. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 420. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 421. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 422. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 423. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 424. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 425. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 426. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 427. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 428. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 429. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 430. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 431. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 432. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 433. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 434. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 435. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 436. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 437. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 438. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 439. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 440. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 441. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 442. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 443. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 444. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 445. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 446. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 447. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 448. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 449. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 450. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 451. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 452. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 453. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 454. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 455. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 456. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 457. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 458. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 459. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 460. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 461. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 462. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 463. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 464. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 465. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 466. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 467. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 468. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 469. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 470. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 471. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 472. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 473. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 474. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 475. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 476. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 477. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 478. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 479. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 480. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 481. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 482. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 483. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 484. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 485. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 486. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 487. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 488. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 489. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 490. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 491. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 492. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 493. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 494. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 495. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 496. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 497. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 498. Gruppe bei Schulz, Gieseler-Str. 18; 499

